

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 17. Mai 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Inserate und Vernehmlichungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Schutz der Korruption?

Die Gründe, welche den frechen Angriff auf das Wahlrecht der Hamburger Bürger veranlaßten, liegen einerseits in der Reichspolitik, im besonderen aber sind sie auch in den Hamburger Zuständen zu suchen. Die drei „Republiken“ an der Wasserfront sind Staaten, in denen die Polizeiwirtschaft mit Unterstützung des Kleinbürgertums seit Jahrhunderten die giftigsten Blüten getrieben hat. Wer eine genaue Geschichte dieser Staaten schreiben wollte, könnte sein Werk getrost eine Geschichte der Korruption nennen. Einige Tausend Kaufleute und Hausagrarier hatten lange Zeit die Herrschaft allein in den Händen und sie betrachteten den Staat als eine Einrichtung zur persönlichen Bereicherung. Wie sehr darunter das Gemeinwohl leidet, empfinden die Arbeiter und die Personen, welche nicht zu dem Klingen gehören, täglich. Oft aber kommt es zu gewaltigen Ausbrüchen und dann wird auch die Öffentlichkeit außerhalb des Staates aufmerksam auf die notwendigen Folgen dieser Korruption.

Das neunzehnte Jahrhundert brachte zwei solcher Ausbrüche. Den großen Brand 1842 und die Cholera im Jahre 1892.

Die großen Unglücksjahre waren nicht zufällige Erscheinungen, sondern die notwendige Folge der inneren Korruption. Lange Zeit hatten die Hausagrarier allein die Herrschaft. Von den 100 Mitgliedern der Staatsgesetzgebung wurden 40 von den Hausagrarern direkt gewählt und 80 in den sogenannten allgemeinen Wahlen, d. h. von denen, die sich das Bürgerrecht gekauft hatten. Unter diesen hatten auch die Hausagrarier die große Mehrheit, so daß auch diese 80 Bürgerchaftsmitglieder Hausagrarier waren, und selbst in den Kreisen der Notabeln spielen die Hausagrarier eine nicht unbedeutende Rolle.

Was noch neben den Hausagrarern eine Rolle spielte, waren die Großkapitalisten, die unter den Scharfmachern die erste Rolle spielen. Es ist der Klingen, dessen Organ die „Hamburger Nachrichten“ sind. Wie dieser Klingen wirtschaftete und einen Zustand schuf, dessen notwendige Folge die 1892 ausgebrochene Cholera war, die damals mehr als 10 000 Menschen hinwegraffte, wollen wir nun in Erinnerung bringen.

Der Einfluß der Hausagrarier hatte es bewirkt, daß jede vernünftige Vorordnung und jedes Wohnungsgesetz fehlte. Nur für den Hausagrarier durfte die Gesetzgebung sorgen. Für diesen bestand das Wahlprüfungsrecht so lange, bis endlich das Bürgerliche Gesetzbuch mit dieser brutalen Ausplünderung der Kernsten aufhörte. Dafür durften die Hausagrarier die alle Gesundheit schädigenden Spielumlen als menschliche Wohnungen vernichten.

Eingeleitet wurde die Vorbereitung zur Cholera 1890. Als am 1. Mai die Arbeiter den Weltfeiertag des Proletariats feierten, wurden Zehntausende ausgesperrt. Nun schleppten die Agenten der Scharfmacher alle nur irgendwo auffindbaren Menschen mit niedrigen Ansprüchen nach Hamburg. Was auf der Landstraße und in städtischen Ländern sich bereit erklärte, nach Hamburg zu gehen, wurde dorthin transportiert und in Massenquartieren untergebracht. Vergeblich wies der damalige Fabrikinspektor Steinert in seinem Jahresberichte auf die große Gefahr für die öffentliche Gesundheit hin. Die Polizei fühlte sich als Dienerin der Scharfmacher und der Hausagrarier und mußte dem Wadtspruch dieser Gewaltigen Folge geben.

Was Steinert vorausgesagt, trat im August 1892 ein. Jetzt traten die Sünden hamburgischer Gesetzgebung ans Tageslicht. Alle Welt entsetzte sich über die grauenhaften Bilder menschlichen Elends. Da fast überall die Häfen für von Hamburg kommende Schiffe gesperrt waren, gerieten auch die Reeder in Streit. Es war ein Gegenfah zwischen Reeder- und Hausagrarierinteressen. Im April 1893 versprach der jetzige Bürgermeister Dr. Burckhard feierlich im Reichstags, daß in Hamburg in aller nächster Zeit ein gutes Bau- und Wohnungsgesetz erlassen werden würde, wodurch die Mißstände beseitigt werden sollten. Genosse Rollenbuhr hielt ihm damals schon entgegen, daß daran nur ein Mensch glauben kann, der entweder ein unverbesserlicher Optimist ist oder der die Hamburger Hausagrarier, die die Gesetzgebung in Händen haben, gar nicht kennt.

Das Rollenbuhr recht hatte, betriebs die nächste Zukunft. Da es unmöglich war, mit der Sippe, die sich bis dahin auf Kosten der Allgemeinheit die Taschen gefüllt hatte, gesunde Zustände zu schaffen, so mußte jene Verfassungsreform vorgenommen werden, durch welche es ermöglicht wurde, eine Anzahl wirklicher Volksvertreter in die Gesetzgebung hineinzubringen. Eine sozialistische Mehrheit war völlig ausgeschlossen, aber es konnten doch 40 bis 50 Sozialdemokraten gewählt werden. Wenn aber ein Viertel der Gesetzgebung aus Sozialdemokraten besteht, dann ist solcher Mißbrauch der Staatsgewalt, wie er dort getrieben wird, einfach ausgeschlossen.

Im Mißbrauch der Staatsgewalt wetteifern aber die Großkapitalisten mit den Hausagrarern. Ähnliche Zustände wie 1890 bei der Maiausperierung traten bei dem Hafenarbeiterstreik 1898 und bei der Werkschloßausperierung 1900 ein. In beiden Fällen wurden große Massen Streikbrecher nach Hamburg geschleppt. Nur wurden sie jetzt nicht in Massenquartieren in der Stadt untergebracht, sondern man verlegte frech die zwischen Hamburg und dem Reich geschlossenen Verträge und ließ die Streikbrecher auf Schiffen und in den Gebietsorten wohnen, wo das Wohnen von Menschen durch Staatsvertrag untersagt ist.

So finden sich Submittenten für Staatsarbeiten, Großkapitalisten und Hausagrarier zusammen, die abwechselnd die Staatsinstitutionen zur persönlichen Bereicherung mißbrauchen. Da dieser Deutepolitil durch das Eindringen der Sozialdemokratie ein Ziel gesetzt wird, so standen die Herrschenden vor der Frage: Entweder den Staat so einzurichten, daß nur das Gemeinwohl gefördert wird, oder auf

Mittel und Wege zu finden, wie der sozialdemokratische Einfluß zu brechen ist. Da die Mißbräuche so mannigfacher Art sind, weiß jeder Hamburger, daß durch ehrlichen Kampf an ein Zurückerobern der alten Herrschaft nicht gedacht werden kann. Da greift man dann zur brutalen Gewalt, man entrechtet die Arbeiter und schafft sich dadurch Raum zur persönlichen Bereicherung.

Ueber den Wahlrechtsraub schreibt man uns noch aus Hamburg: Mit brutalem Ignorismus wird in der „Begründung“ der Wahlrechtsreformvorlage als einziges Motiv die Zurückdämmung der sozialdemokratischen Hochflut bezeichnet. „Jetzt oder nie“ heißt es in den Motiven, „muß die Verfassungsänderung erfolgen, weil die sozialdemokratische Partei schon im Jahre 1907 (bei den nächsten halbjährlichen Neuwahlen. Der Ref.) jedenfalls so stark sein wird, daß mit der Möglichkeit, eine Verfassungsänderung gegen ihren Willen vorzunehmen, nicht mehr gerechnet werden kann.“ Das ist die Absicht! Sihen erst 41 Sozialdemokraten in der Hamburger Landesvertretung, dann läßt sich eine Verfassungsänderung nicht mehr durchführen, denn dazu ist eine Dreiviertelmehrheit erforderlich.

Widerlich mutet folgende Stelle aus den Motiven an: „Daran, daß die hiesige Arbeiterbevölkerung durch die von ihr nach Maßgabe ihrer politischen Ueberzeugung ausgewählten Personen in der Bürgerchaft vertreten ist, muß jedenfalls festgehalten werden. Zu einer Zeit, in der die Lösung sozialer Fragen im Vordergrund steht und die Hebung der wirtschaftlichen Lage der nichtbesitzenden Bevölkerungslaffen den Gegenstand und die Aufgabe mancher Gesetzesvorlage bildet, würde es ein schwerer politischer Fehler sein, wenn man bei der Zusammensetzung einer zur Lösung jener Aufgaben mitberufenen politischen Körperschaft auf die Mitarbeit gerade jener Bevölkerungslaffen verzichteten und ihnen die Möglichkeit nehmen wollte, durch die von ihnen gewählten Vertreter ihre Wünsche und Ansichten zum Ausdruck zu bringen. Aber ebenso verfehrt würde es auf der anderen Seite sein, wollte man jenen Bevölkerungslaffen eine so weitgehende politische Macht einräumen, daß die Vertreter anderer Interessen dadurch verdrängt würden. Durch die allgemeinen Wahlen zur Bürgerchaft soll eine Gewähr dafür gegeben sein, daß alle wirtschaftlichen Interessen, entsprechend der Bedeutung, die sie für das Gesamtinteresse beanspruchen können, in der Bürgerchaft vertreten sind. Nur durch ein Zusammenwirken aller wirtschaftlichen Kräfte und darum durch eine richtige Verteilung der Mandate auf die verschiedenen Interessengruppen wird der Erfolg verbürgt; eine einseitige Vertretung der Sonderinteressen einer einzelnen Bevölkerungslaffe muß schließlich dazu führen, daß das Gesamtinteresse einen nicht wieder gut zu machenden Schaden erleidet.“

Der Senat will beileibe nicht die Arbeiterbevölkerung aus dem Parlament vertreiben, denn: „Alle übrigen wirtschaftlichen Interessen müssen entsprechend ihrer wirtschaftlichen Bedeutung für das Gesamtwohl zur Geltung kommen. Dazu ist notwendig, daß auch die Arbeiterbevölkerung in der Bürgerchaft ihrer Bedeutung angemessene Vertretung findet, und gewiß wird niemand daran denken wollen, diejenige politische Partei aus der Bürgerchaft zu verdrängen, von der die überwiegende Mehrzahl der Arbeiter eine wirksame Vertretung ihrer Sonderinteressen erwartet. Aber dieser Gesichtspunkt darf nicht dazu führen, daß jene Partei durch das zahlenmäßige Uebergewicht ihrer Anhänger schließlich ihrerseits die Vertreter der übrigen Berufsinteressen aus der Bürgerchaft verdrängt.“

Alle Bürger mit einem Einkommen bis 3000 M. werden der dritten Wählerklasse überwiesen und finden in 24 Abgeordneten ihre angemessene Vertretung. Die Zehntausende von Arbeiterbürgern, das große Heer der Beamten und der kleine „Mittelsand“ können sich auf Grund des Proportionalitätensystems in die 24 Abgeordneten „angemessen“ teilen. „Ausgleichende Gerechtigkeit!“

Der Senat hat geheim gearbeitet, bis Sonntag war noch nichts darüber bekannt, ob er den geheimen Bericht vorlegen gegen das jetzt bestehende Wahlrecht Konzeptionen machen werde; erst am Sonntag wurden den Bürgerchaftsmitgliedern die Senatsvor schläge mitgeteilt, die am Montag durch das Senatsorgan veröffentlicht wurden. Wie ein Witz hat dieses Wahlrechtentwurf bei der Arbeiterschaft gewirkt. Am Montag abend, als der Senatsantrag allgemein bekannt war, wurde überall die Frage der Wahlrechtsvergleicherung erörtert. Man verlangt die Erziehung von Uebungsmassregeln. Ueber das Wie wird die sozialdemokratische Arbeiterschaft in Massenversammlungen Stellung nehmen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 16. Mai.

Vorspiele zum Schulkampf.

Im preussischen Abgeordnetenhaus gab es am Dienstag ein kleines Vorspiel zu den für den Herbst in Aussicht stehenden Debatten über die Volksschule. Vor einigen Monaten hat das Haus einen Antrag S a d e n b e r g (nass.) betr. Veseitigung unbilliger Ungleichheiten in der Belastung der Schulverbände und in der Höhe des Dienstehommens der Volksschullehrer der Unterrichts-kommission überwiesen. Die Kommission beantragt nun, die Regierung aufzufordern, a) in den Gesetzentwurf betr. die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen Bestimmungen aufzunehmen, durch die eine wirksame Entlastung der überlasteten leistungsschwachen Verbände im Sinne der Gesetze wegen allgemeiner Erleichterung der Volksschulleisten und des Lehrerbefoldungsgesetzes herbeigeführt wird; b) nach Durchführung der Neuordnung der Schulunterhaltungspflicht ohne Verzug die Revision des Lehrerbefoldungsgesetzes vorzunehmen, namentlich in der Richtung, daß die Mindestsätze des Grundgehalts und der Dienstalterszulagen erheblich erhöht werden; c) bis dahin durch angemessene Erhöhung der im Etat ausgegebenen Fonds die Beseitigung der vorhandenen Härten zu erleichtern.

Die konservativ-merikale Mehrheit des preussischen Landtages will also die so notwendige Aufbesserung der Lehrer-

gehälter auf den Sanftnimmerleinstag verschoben, für die Lehrer, namentlich für die jämmerlich bezahlten Landlehrer, hat sie nichts übrig, dagegen beillt sie sich, sobald als möglich die Schule noch mehr der Kirche auszuliefern, als es schon jetzt der Fall ist. Ist dies Werk erst vollbracht, dann wird man sich der wohlverdienten Ruhe hingeben, die preussischen Landlehrer können dann weiterhungern und nach wie vor den Landtag mit Petitionen überschwemmen, die einer altpreussischen Tradition entsprechend in den Papierkorb wandern.

Mit Händen und Füßen sträubte sich die Mehrheit im Verein mit der Regierung dagegen, daß man die Regelung der Schulunterhaltungspflicht mit der Revision des Lehrerbefoldungsgesetzes verknüpfen will. Nach längerer Debatte, aus der besonders das Zugeständnis des Vertreters des Kultusministers, des Ministerialdirektors S c h w a r z l o p p f hervorzuheben ist, daß gerade durch die beabsichtigte Regelung der Schulunterhaltung in Verbindung mit der Konfessionalisierung der Volksschule dem Staate große Ausgaben erwachsen, wurden einige Änderungsanträge abgelehnt und der Kompromißantrag mit der Aenderung angenommen, daß die Regierung aufgefordert wird, im Etat für 1906 den Dispositionsfonds zur Veseitigung der Ungleichheiten in den Lehrerbefoldungen von 200 000 M. auf 5 Millionen zu erhöhen. Die Lehrer müssen sich wieder einmal auf abschbare Zeit mit der platonischen Liebe des Landtages zufrieden geben. Den einen Trost allerdings haben sie, daß, wenn ihnen auch nicht ihr Gehalt erhöht, so doch wenigstens dem Volke die Religion erhalten bleibt.

Am Mittwoch fällt die Sitzung aus.

Donnerstag: Zweite Lesung der Vergesetznovelle.

Das Paradies am Blöhensee.

Der Prozeß gegen den Strafvollzug wird unter der Leitung des Vorsitzenden der vierten Kammer auch zu einem Prozeß gegen die Strafprozedurordnung. Die Nachtbefugnisse, die den Vorsitzenden an sich gegeben sind, werden von dem Herrn Oppermann mit diktatorischer Gewalt gehandhabt. Kein objektiver Beobachter wird sich dem Eindruck entziehen können, daß der Vorsitzende des Gerichtshofes mehr als Vertreter der Anklagebehörde erscheint. Monfrös gestaltet sich der Gang der Beweisaufnahme. Obwohl sie nun zwei Tage währt, sind doch bisher die inkriminiernden Artikel, die Grundlagen des Prozesses, nicht verlesen worden. Es ist schwer, die Absicht der Verhandlungsführung zu erkennen. Man dürfte fast vermuten, daß man den alten Erfahrungssatz, der erste Eindruck sei der beste, in die Praxis umsetzen und den Strafvollzug vorerst nur in staatsanwaltschaftlicher Beleuchtung präsentieren will.

Dienstag kam der Gutachter der Anklage zu Wort. Geheimrat Kirchner, der Chef der preussischen Medizinalbehörde, hat nach dem Erscheinen der zur Anklage stehenden Artikel im Auftrage des Ministeriums eine Revision der Blöhensee Strafanstalt vorgenommen. Der Bericht, den nun der Herr Geheimrat erstattet, war mehr als eine Verherrlichung des Strafvollzuges. Er war ein Jbidil, eine Paradieses-Schilderung, die die Sehnsucht nach einem Aufenthalt in Blöhensee förmlich wachrufen mußte. Licht, Luft, Kost, Behandlung von Gefangenen durch obere, mittlere, untere Beamte und durch die Ärzte lassen nach seinen Angaben nichts zu wünschen übrig. Wenn im Bereich des Blöhenseeer Strafvollzuges demnach die Kriminalität stark anwachsen sollte, so wäre dies nach dem Gutachten nicht wunderbar. Und die Personen, die wegen dieser Schilderung die tauglichen Mittel anwenden, um in das Paradies von Blöhensee zu gelangen, werden dann schwerlich für ihre Enttäuschungen den Sachverständigen auf Schadenerfah verlagern können.

Einzelne Mängel, die in dem schriftlich erstatteten Berichte tadelnd erwähnt sind, wurden in dem mündlichen Vortrag des Gutachters zu besonderen Vorzügen. Der Dezernent eines preussischen Ministeriums gab ein Gutachten, das der Anklage zugrunde liegt, ab, einer Anklage, die sich gegen den Minister als den leitenden Verantwortlichen des Strafvollzuges richteten.

Doch in der Apotheose des Blöhenseeer Strafvollzuges entschlüpfen dem Herrn Gutachter Bekenntnisse über seine sozialpolitischen und hygienischen Auffassungen, die wohl als das Programm der ihm vorgezeichneten Behörden angesehen werden können. Nach der Befundung, daß alle Forderungen, die man billigerweise an den Strafvollzug stellen kann, in Blöhensee erfüllt seien, erklärte er, daß die Durchführung hygienischer Forderungen den Zweck der Gefängnisse illusorisch machen würde. Der Zweck des Gefängnisses sei die Strafe. Vor diesem Zweck haben die hygienischen Forderungen Halt zu machen. Um die Liebeshwürdigkeit des Strafvollzuges schärfer hervortreten zu lassen, schreite er selbst nicht davor zurück, ein bei ihm nicht zu vermutendes Verständnis der sozialen Ursachen der Verbrechen an den Tag zu legen. So gab er seiner Meinung Ausdruck, daß die in Blöhensee Inhaftierten unter besseren hygienischen Verhältnissen leben, als sie es in der Freiheit gewohnt waren. Die Wirkungen der Einschließung, der Unterdrückung jeder Willensfreiheit auf den Geist und Körper der Gefangenen blieb in seinem Gutachten unberücksichtigt. Den Hinweis, daß oberflächliche Bauern in Kämmeren haufen, vor denen die Gefangenen Kehrt machen würden, versuchte er zugunsten der Blöhenseeer Gefängniszustände auszuweichen. Erst der Einwurf eines Verteidigers ließ ihn die Unvergleichbarkeit dieser Zustände zugeben.

Diesem Ratte folgte in der Vernehmung ein Affessor der Gewerbeinspektion, der kurz berichtete, daß er bei seinen Inspektionen gegen die Zustände der Arbeitsbaracken gar nichts oder nur wenig einzuwenden gehabt habe.

Die Verteidigung hatte als Gutachter über die hygienischen Verhältnisse in Plüßingen Herrn Professor Sommerfeld geladen. Schon eingangs der Verhandlung war die Antipathie der Staatsanwaltschaft gegen die nicht von der Anklage geladenen Gutachter zum Ausdruck gekommen. Der Vorsitzende befragte Herrn Professor Sommerfeld nach seiner Qualifikation als Gutachter. In außerordentlicher Zurückhaltung erwähnte Herr Professor Sommerfeld, daß er seit Jahren gewerbehygienische Studien betrieben, Untersuchungen zum Teil mit Unterstützung des Kultusministeriums ausgeführt und ein Werk über Gewerbehygiene veröffentlicht habe. Mit unerkennbarer spitzer Ironie warf der Vorsitzende ein, daß seine Stellung wohl als „Obergutachter“ angesehen werden soll. Er verneinte die Bedeutung dieses Gutachters und die von der Verteidigung geladenen Gutachter überhaupt dadurch herabzusetzen, daß er betonte, ihnen fehle jede Praxis innerhalb der Gesangnisse, die ja leider bis jetzt auch den Richtern und Staatsanwälten fehlt.

Nach wenigen Worten des Herrn Professors Sommerfeld wandte sich der Staatsanwalt an den Geheimrat Kirchner und ersuchte ihn um eine Auskunft über Herrn Professor Sommerfeld. Geheimrat Kirchner gab im Lapidarstil die Antwort, daß Herr Professor Sommerfeld Arzt sei, ein Buch über Hygiene geschrieben habe und sich für Lungenheilstätten interessiere. Von einer Unterstützung der Arbeiten des Professors Sommerfeld durch das Kultusministerium sei ihm nichts bekannt. Herr Professor Sommerfeld verlangte das Wort, um auf diese Auskunft zu entgegnen. Vergebens. Rechtsanwält Vieblnecht legte dar, daß mit demselben Recht Professor Sommerfeld über die Leistung und Qualifikation der von der Anklagebehörde geladenen Gutachter vernommen werden könnte und erbat für diesen das Wort.

In der Erregung verkannte der Vorsitzende diese Ausführungen und führte einen schleunigen Beschluß herbei, daß Herr Professor Sommerfeld über diese Auskunft nicht befragt werden soll. Nun begründete Vieblnecht von neuem den Antrag, Professor Sommerfeld über seine Arbeiten und die Unterstützung des Kultusministeriums hierbei zu vernehmen. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Was brauchte der Chef der preussischen Zentralbehörde auch zu wissen, daß Herr Professor Sommerfeld seinen Professortitel lediglich der Anerkennung seiner hygienischen Studien durch den Kultusminister verdankt, dessen Unterstützung er bei seinen Arbeiten genossen hat. Die Anklage und deren Gutachter triumphieren. Ist doch solche Anwendung der Strafprozedur der reine staatsanwaltschaftliche Zukunftsstaat. Staatsanwalt und Gericht teilen offenbar die erst jüngst vom Reichsgericht kräftig korrigierte Abneigung des preussischen Justizministers gegen Sachverständige der Verteidigung.

Die weiteren Verhandlungen werden ergeben, ob auch im Gerichtssaal der Wahlpruch des seligen Ministers Hammerstein zur Herrschaft gelangen soll: „Wir befehlen, sie haben zu gehorchen!“

Das Zentrum und die Vergeltungsnovelle.

Die Zentrumsmitglieder der Kommission zur Beratung des Vergeltungsgesetzes haben nach der „Kölnischen Volkszeitung“ beschlossen, bei der zweiten Lesung sich auf den Boden der Wiederherstellung der Regierungsvorlage zu stellen und „alle wichtigen prinzipiellen Zentrumsanträge zu erneuern.“

Die Meldung ist ziemlich zweideutig. Die Regierungsvorlage enthält weniger als die wichtigsten prinzipiellen Zentrumsanträge. Der wichtigste Zentrumsantrag verlangte bekanntlich den Abschluß ohne jede Einschränkung für alle Bergwerke vom 1. Oktober 1908 ab, während die Regierungsvorlage nur den sogenannten sanitären Arbeitstag und nur für Steinkohlenbergwerke bietet. Wenn das Zentrum diesen wichtigen Antrag wiederholen will, dann kann es sich nicht darauf beschränken, sich auf den Boden der Wiederherstellung der Regierungsvorlage zu stellen. Was will aber das Zentrum mit der Wiederholung seiner wichtigsten prinzipiellen Anträge, wenn, wie die „Kölnische Volkszeitung“ noch eben erst schrieb, die Vergeltung ganz genau wühlte, daß auch im Reichstage ein über die Regierungsvorlage hinausgehendes Gesetz nicht zu erreichen ist, so daß die Sozialdemokraten mit ihren Mehrforderungen auf die christlichen Vergeltung keine Wirkung ausüben würden. Stellt etwa das Zentrum seine Mehrforderungen nur deswegen, weil es ganz genau weiß, daß sie nie Gesetz werden? —

Deutsches Reich.

Der Ritter vom heiligen Grabe. Gelegentlich der Berliner Demowelle äußerte Wilhelm II., der summus episcopus der evangelischen Kirche, zu einem Geistlichen seine Anschauungen, auf welche Weise der Katholizismus — in Jahrhunderten! — zu überwinden sei. Diese für einen protestantischen Fürsten auffällig respektvolle Stimmung erweckte statt Frohlocken in der katholischen Presse einen Sturm der Entrüstung. Die „Kölnische Volkszeitung“ bilde die Posaune und rief das Volk zum Schutz für die bedrohte Existenz der alleinigmächtigen Kirche auf. Das Zentrum bedarf offenbar, durch den Interessententum innerhalb der Partei bedrängt, ab und zu solcher Sammel- und Befehlshilfe.

In Weß war dieser Tage, wie ein Blatt byzantinerte, „ganz Deutschland“ versammelt: Der Kaiser, der Kaiser, der Kaiser, der Statthalter Fürst Hohenlohe, der Staatssekretär v. Koller, Hofmarschälle, Adjutanten, Generale und Kardinal waren beisammen, kurz die „edelsten Herren“ der weltlichen und geistlichen Krone.

Bestimmen? Sollte nachträglich Schiller, der Pfaffenfeind, geehrt werden? Ganz und gar nicht. Fürstbischof Kopp überreichte dem Kaiser einen Orden der Ritterkammer vom heiligen Grabe — eine Erinnerung an die durch des Pommernbamben Töchter, v. Mirbach berühmt gewordene Palastinsafabri. Herr Kopp hielt eine überauswichtige Ansprache an die „erhabene Person“ Wilhelm II., in der er u. a. bemerkte:

„Heute ist es die Kirche zu Jerusalem, die mich zu Ew. Majestät schickt. Seit dem Tage, wo Ew. Majestät sie an den heiligsten Stätten der Christenheit grüßten, hat ein ganzes Volk Ew. Majestät und jene Kirche umschlungen. Unvergesslich bleiben die erhebenden Bewunderungen und Andebungen religiöser Gesinnung, durch die Ew. Majestät die orientalische Christenheit erbaute und beglückte.“

Wilhelm II. feierte in seiner Erwiderung zugleich das Entgegenkommen des Sultans, der ihm gestattet, ein Grundstück in Jerusalem dem dortigen deutschen Christen zu stiften, und den gegenwärtigen Papst, für den ich schon nach seiner bisherigen Wirksamkeit hohe Achtung empfinde.“

Die „Köln. Volksztg.“ wird nun wohl in dieser Ansprache einen erneuten Beweis sehen, wie das preussische Königtum in Jahrhunderten den Beweis erbringen wolle, daß der evangelische Glaube dem Katholizismus über sei. —

Die kaiserliche Kritik der russischen Krone wird auch in der russischen Presse besprochen. Die oppositionelle Presse äußert ziemlich deutlich ihre Benugung über die an den Ministern geübte

Kritik. Die Rede Wilhelm II. hat also die seltsame Wirkung gehabt, daß sie von den revolutionären Gegnern des Absolutismus ausgenutzt wird, dessen Unterstützung doch die oberste preussische Regierungsmaxime ist. —

Staatsgefährlicher Protestantismus. Nach der „Christl. Welt“ hat der preussische Polizeiminister eine größere Anzahl protestantischer Kampfschriften gegen den Ultramontanismus für den Kolportagevertrieb verboten.

Ganz recht! Luther selbst würde heute in der protestantischen Domäne des Zentrums stracks gemahrgelt werden! —

Die Strafprozedur soll erst — nach der „Nat.-Abg. Korresp.“ — in der Session 1908/07 an den Reichstag kommen. Die Protokolle der beratenden Kommission umfassen 1000 Druckseiten. Die Beschlüsse aber sind noch nicht die Druckkosten einer Seite wert. —

Ausweisung und Kontraktbruch. Die vollständige Vogelfreiheit der ausländischen Proletarier in Deutschland geht auch aus folgender amtlichen Bekanntmachung im „Zeltolter Aushilfsblatt“ hervor: L. 8092. Berlin, den 11. Mai 1908.

Der russisch-polnische Arbeiter Valentin Dürlfostka hat seine Arbeitsstelle auf dem Gute Klein-Zitzchen unter Kontraktbruch heimlich verlassen.

Im ersuche, ihn im Ermittlungsgefasse festzunehmen und seine Ausweisung zu veranlassen.

Der Landrat. J. A. v. Achenbach. Ein Ausländer, der also nicht auf Gnade und Ungnade sich seinen Gütebesitzer ansliefert, wird — ausgewiesen. Preussische Ausweisungspolitik im Dienste der Agrarier! —

Trinkgelber für die Presse.

Aus Dresden wird uns geschrieben:

Kaum zwei Jahre sind verflossen, seitdem den Handelsredakteuren von vier Dresdener Zeitungen nachgewiesen wurde, daß sie von der inwischen verfallenen Bank für Handel und Kredit mehrere hundert Mark Trinkgelber angenommen haben, und schon wird wieder ein neuer Fall in der sächsischen Landeshauptstadt bekannt, der zeigt, daß dort die Prehorraption zu Hause ist. Dem Professor Dr. Storke, Kunstredakteur in den „Dresdner Nachrichten“, Hofschaffspieler a. D. und Vorsitzender des Vereins Dresdner Presse ist nachgewiesen worden, vom Dresdner Zentraltheater 500 M. Trinkgelb angenommen zu haben. Sie sollen angeblich eine Entschädigung für Bemühungen beim Wohltätigkeitsfeste sein, das der Verein Dresdner Presse im Zentraltheater abgehalten hat. Hätte aber Dr. Storke wirklich Anspruch auf Entschädigung für geleistete Arbeit, hätte er sie vom Verein Dresdner Presse bekommen müssen, in Wirklichkeit steht die Summe von 500 M. in gar keinem Verhältnis zu der aufgewandten Arbeit, die übrigens von mehreren geleistet worden ist. Die 500 M. können nichts anderes als eine Provision von dem Gewinne sein, den das Zentraltheater bei dem Wohltätigkeitsfeste zu verdienen hatte oder auch eine Entschädigung dafür, daß Storke seinen Einfluß geltend gemacht hat, das Fest im Zentraltheater abzuhalten.

Das Schönste aber ist das Verhalten des Vereins Dresdner Presse zu der Angelegenheit. Er mußte sich mit dem Präsidenten des Professors Dr. Storke beschäftigen, nachdem ein ehemaliger Redakteur der „Dresdner Nachrichten“, Dr. Lohm, die Sache entthüllt und dem Verein unterbreitet hatte. Der Verein entschied, es liege kein Anlaß zum Einschreiten vor, denn die Interessen der Vereinsmitglieder seien nicht gefährdet. Dr. Storke hätte die 500 M. nur als Entschädigung für die Bureauarbeiten für das Fest erhalten. Und mit dieser Begründung sprach der Verein seinen Vorsitzenden frei.

Offenbar ist die Sache gar nicht richtig untersucht worden, denn in dem Entschiede des Vereins steht kein Wort darin, daß Dr. Storke die Summe anfangs selber zurückgewiesen hat, daß sie aber später durch Vermittlung der Frau Storke doch in seiner Tasche verschwand ist — ein Zeichen, daß selbst Storke anfangs nicht wohl gewesen ist bei der Beischie.

Der Verein Dresdner Presse hat sich ja von jeher durch gründliche Untersuchungen solcher Trinkgelber-Angelegenheiten ausgezeichnet. Als die vier oben erwähnten Handelsredakteure durch die Enthüllungen der „Berliner Morgenpost“ kompromittiert waren, untersuchte dieser Verein die Angelegenheit auch. In einer Resolution wurde die Sache als vollständig erunden und erledigt hingestellt. Zwei Tage später wurden die Namen der betreffenden Handelsredakteure festgesetzt und die Herren auch von ihren Mätkten entlassen. Der neue Fall Storke hat aufs neue wieder gezeigt, wie der Verein Dresdner Presse die Prehorraption beurteilt. Unter der Herrschaft solcher Richter ist es wahrlich kein Wunder, wenn Journalisten für Gefälligkeits-Trinkgelber nehmen mit derselben Besriedigung wie Rechner und Diensteute. Wenn solche Ansichten nach greifen, wie sie der Verein Dresdner Presse hegt, muß der Prehorraption Tür und Thor geöffnet werden. —

Ausland.

Frankreich.

Limoges.

Noch hat sich die allgemeine Erregung, welche die Maffakte des Militärs am 17. April unter der Limoger Arbeiterbevölkerung hervorrief, nicht gelegt, als das provokatorische Verhalten der Departementsregierung von neuem den Händstoss in die Bevölkerung trug und die bewaffnete Macht wieder gegen die Arbeiter auspielte. Wenn sich trotzdem die blutigen Vorfälle der Apriltage nicht wiederholten, so lag das nur an dem ruhigen, überlegenen Verhalten der Arbeiter. Wieder kommt eine Differenz der Arbeiter mit einem Fabrikanten dabei in Frage. Durch seine Kleinlichen Lohnschindereien brachte der Unternehmer Beauville seine Arbeiter gegen sich auf. Durch seine Doppelseitigkeit machte er jede gütliche Verständigung vor dem Friedensrichter und dem Bürgermeister zu Schanden. Als er nicht mehr weiter konnte, rief er um Schutz, fürchtend, daß man seine Warensendungen beschlagnahmen könnte. Die Präsektur sagte zu. Wiedermur wurde dem Bürgermeister die polizeiliche Gewalt genommen, Gendarmen überlieferten die Stadt, und die Reaktion, welche die moralische Schluppe, die ihr die Aprilbewegung beigebracht hatte, nicht vergessen konnte, triumphierte. — Die Gendarmerie leistete sich wieder unerhörte Uebergriffe gegen die Arbeiterschaft. Der Schauplatz der tumultuarischen Szenen war in erster Linie der Platz Sadi Carnot. Derselbe war dicht mit Gendarmen, zu Fuß und zu Pferde, besetzt. Die Arbeiter, die mittags und abends den Platz passieren mußten, wurden unaufhörlich weiter gedrängt, stehen bleiben durfte keiner. Mehrere Male kam es zu Zusammenstößen zwischen Gendarmen und Arbeiter, bei denen die ersten von ihren Säbeln und Gewehrkolben rücksichtslos Gebrauch machten. Zahlreiche Verhaftungen, die aber nicht aufrecht erhalten werden konnten, erfolgten. Noch provokierender benahm sich das Militär. In Gruppen durchzogen Jäger und Dragoner die Straßen, verhöfchten und beleidigten die Arbeiterbevölkerung. Eine Dragonerabteilung drang in die Straßen des Arbeiterviertels. Die Soldaten schlugen an die Türen, zertrümmerten Fensterbänke, sie ergossen sich in die Häuser, beschimpften und mißhandelten deren Bewohner. Eine starke Gendarmepatrouille mußte gegen die uniformierten Unruhestifter einschreiten und sie in ihre Quartiere zurückdrängen. Die Limoger Arbeiterpresse, in erster Linie „Le Reveil du Centre“, ist voll von lebhaften Protestkundgebungen der Leute, die von diesen Attacken der Gendarmerie und der Soldaten betroffen wurden. — Wenn es nicht wieder zu den blutigen Austritten der Apriltage kam, die Schuld dafür lag, wie gesagt, nicht bei der Regierung und der öffentlichen Macht. Ihrerseits war wieder alles geschehen, um die Arbeiterbevölkerung zu Unbesonnenheiten zu reizen. Es blieb aber ruhig, und am Ende voriger Woche mußte dann auch ein großer Teil der Gendarmen aus der Stadt gezogen werden. Freilich bleiben noch immer genug übrig, um von neuem zu putzen und dadurch zu zeigen, daß auch eine republikanische kapitalistische Regierung für die Arbeiter nur eins übrig hat: die brutale zügellose Gewalt.

Limoges, 16. Mai. Infolge eines Artikels in einem sozialistischen Lokalblatt, worin die Soldaten ersucht werden, den Befehlen der Offiziere nicht Folge zu leisten und worin besonders die drei Offiziere, welche die Soldaten befehligten, beleidigt wurden, kam es zu einem Zusammenstoß zwischen den Offizieren und dem Redakteur. Der Hauptmann verlegte dem Redakteur im weiteren Verlaufe eine Ohrfeige. Dieser antwortete mit einem Faustschlage. Die Angelegenheit hat in Limoges großes Aufsehen hervorgerufen.

Affien.

Kein neues Kantschon.

London, 16. Mai. Das „Reuterische Bureau“ meldet aus Tokio: Hierher ist das Gerücht gelangt, daß eine Abteilung deutscher Truppen Saitshu südlich von Schantung besetzt und die deutsche Flagge dort aufgefpllanzt und salutiert wurde. Saitshu liegt an der ausgebeuteten Bai nördlich des alten Kanals des Hoangho. Das Gerücht hat hier Sensation hervorgerufen.

Notiz des „W. T. B.“: Wie wir an amtlicher Stelle erfahren, entbehrt das Gerücht jeder Begründung.

London, 16. Mai. Unterhaus. Taylor richtete an den Ministerpräsidenten Balfour die Anfrage, ob er eine Nachricht von der gemeldeten Beschlagnahme eines chinesischen Hafens durch Deutschland habe. Balfour erwiderte, es sei ihm die Nachricht gerüchtweise zu Ohren gekommen, es lägen ihm aber keine amtlichen Meldungen vor.

Antliche Judenhege.

Der russische offizielle Telegraph fährt fort, Judenhege zu treiben. Er verbreitet nachträglich folgenden „amtlichen“ Bericht über die Vorgänge des ersten Mai.

Im Laufe des gestrigen Tages und des Abends wurde die Ordnung in der Stadt bei dem üblichen Zusammenströmen des Volkes in den Vergnügungsorten nirgends gestört. In einigen Stellen wurden von kleinen, der Arbeiterbevölkerung nicht angehörenden Gruppen versucht, Unruhen hervorzurufen, die jedoch durch das Erscheinen schwacher Polizei- und Militärpatrouillen ohne Anwendung von Gewalt im Keime erstickt wurden. Derartige Versuche fanden an folgenden Punkten statt: Auf dem Großen Prospekt, in Bassili-Dsitro und zwischen der sechsten und siebenten Linie sammelten sich zwei Gruppen von etwa 40 und 100 verschiedenartigen Personen, hauptsächlich Juden, die revolutionäre Lieder anzustimmen begannen. 14 Personen wurden festgenommen, darunter 6 Juden und 4 Jüdinnen. Auf dem Preobraschenski-Kirchhofe versammelten sich etwa 400 Personen, hauptsächlich Studierende und Personen der freien Berufe und meist jüdischer Herkunft. Auf dem Kirchhofe wurden 12 Personen verhaftet, davon waren 5 Juden und 2 Jüdinnen.

Wenn die Angaben richtig sind, so ist das Telegramm ein außerordentlich ehrenvolles Zeugnis für den revolutionären Heroismus gerade des jüdischen Proletariats und der jüdischen Studenten. „Antlich“ aber will man natürlich nicht die Juden ehren, sondern a la Kischinev die noch unaufgeklärten Massen gegen die Juden als die Urheber aller Uebel aufstacheln.

Das Volksgericht.

Riga, 15. Mai. Auf eine Kosakenpatrouille wurde gestern abend um 11 Uhr von der Umzäunung des Boermannparks aus ein Sprengkörper geschleudert, der einen die Patrouille begleitenden Polizeibeamten am Fuß traf und beim Kriechen ein Pferd verwundete. Die Menge, die sich an dem Ort, wo die Explosion stattgefunden, angeammelt hatte, wurde von den Kosaken zerstreut.

Riga, 16. Mai. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Gestern abend 11 Uhr warfen in der Nähe des Griserbergparks unbekannt Personen eine Bombe gegen einen Polizeikommissar und zwei Polizisten. Der Kommissar und ein Polizist wurden schwer verletzt. Der zweite Polizist, der zunächst unverwundet geblieben war, wurde, als er die Täter verfolgte, von diesen durch Revolvergeschosse getötet. Der bei dem Bombenanschlag verletzte Polizist ist ebenfalls seinen Wunden erlegen.

Ein Seegefecht in Ostasien?

London, 16. Mai. Aus Tokio depechiert man: Laut Meldung eines norwegischen Dampfers, der am 12. d. M. in Rostock ankam, ist am 11. d. M. zwischen 8 und 11 Uhr morgens unter 88 Grad 45 Min. nördlicher Breite und 129 Grad 30 Min. östlicher Länge ein Seegefecht geführt worden. Die durch die Schiffe verursachte Erschütterung wurde wahrgenommen, doch war infolge des Nebels die Aussicht beschränkt. Ein nach der angegebenen Richtung fahrendes japanisches Torpedoboot ist gesichtet worden.

Hongkong, 15. Mai. (Lassan-Meldung.) In der verfloffenen Nacht wurden bei dem Gapselen in der Nähe von Hongkong 12 Kriegsschiffe unbekannter Nationalität gesichtet.

Saigon, 15. Mai. (Telegramm der „Agence Havas“.) Mit Bezug auf die Meldung des Admirals Jonquiere, daß er kein russisches Kriegsschiff angetroffen habe, ist noch zu berichten, daß die russische Flotte wieder auf der Höhe der Hon-Kohe-Bucht erschienen und gestern ganz früh dort vor Anker gegangen war, aber alsbald in nördlicher Richtung weiter dampfte. Seitdem ist kein russisches Kriegsschiff gesehen worden.

Saarabien vor Gericht.

Frier, den 16. Mai 1908.

(Privat-Depesche des „Vortwärts“.)

Die heutige Vormittagsitzung war dem Nachweis gewidmet, daß in Saarabien von dem verfassungsmäßigen freien und geheimen Wahrecht für die Arbeiter nicht viel übrig blieb.

Zunächst teilte der Vorsitzende mit, daß das Gericht beschlossen habe, sämtliche von Rechtsanwalt Deime noch genannten Zeugen, etwa 20, von Amis wegen zu laden. (In Saarabien war dies nicht geschehen.) Dann verlas er die vom Minister eingegangene Antwort: Er erteile dem sozialistischen Beamten die Genehmigung, in dem Umfang wie im ersten Prozeß auszusagen. Rechtsanwalt Deime hat den Minister telegraphisch ersucht, die Genehmigung ohne Einschränkung zu geben. Eine Antwort ist darauf noch nicht erfolgt.

Für heute sind 45 Zeugen erschienen. Die Verhandlung setzte ein mit der Erörterung der Wahlkolonnenzuge Sinnerthal bei der Reichstagswahl 1904. Die Kolonne ist angeblich arrangiert und geführt worden vom Kuffcher Bremer. Die Zeugen Kimpfe und Mohr sagten, die Kolonne sei zufällig zusammengelassen. Es habe jeder frei einen Stimmzettel nehmen und wählen können. Die Steiger höhl und Busse haben auch in Ebersberg keine Wahlbeeinflussung der Vergleute bemerkt. Alles sei frei und geistlich ausgegangen. (Große Heiterkeit im Zuschauerraum.)

Wegen Vergehen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung, Vergangen im Neuroder Bergarbeiterstreit, wurden von der Strafkammer in Olag die Verkaufsfunktionäre Genossen Polorny zu zwei Wochen und Krause zu einer Woche Gefängnis verurteilt.

Parlamentarisches.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorbereitung des Antrages Camp auf Sperrung der Mutungen begann am Dienstag abend ihre Beratungen. Es wird zunächst konstatiert, daß der Antrag aus der Besorgnis entstanden ist, es möchten die bergfreien Felder in kurzer Zeit in private Hände übergehen.

Von Seiten der Regierung wird die Vorfrage, ob Gefahr vorhanden sei, daß die Kohlenfelder in kurzer Zeit in Privat Hände kämen, bejaht. Es seien außer den bis jetzt gemachten Kohlenfunden weitere Felder schwerlich zu entdecken.

Von einem Mitgliede der Kommission wird dem Regierungskommissar entgegengehalten, daß es sich danach um den Übergang von der Bergbaufreiheit in das Staatsmonopol handle, ein Verfahren, das mit den früheren Erklärungen beim Erwerbe der Hibernia in Widerspruch stehe.

Auf eine von einem Mitgliede der Kommission gestellte Frage wird über die Erfolge der fiskalischen Bohrungen Mitteilung gemacht. Dabei wird wiederholt der Gedanke einer Verstaatlichung der Kohlengewinnung zurückgewiesen, auch wird bemerkt, daß es wünschenswert sei, das Land durch Bohrungen in großartigem Maße aufzuschließen.

Soziales.

Die Gewerbegerichtswahlen in Brüssel haben den dortigen sozialdemokratischen Gewerkschaften einen glänzenden Sieg gebracht. Die katholischen Arbeitervereine beteiligten sich überhaupt nicht an den Wahlen, die liberalen Arbeitervereine erhielten etwas über 500 Stimmen, die Gewerkschaften zirka 3000.

Nachmals der Lehrlingsstreit gegen die Firma Regenhardt. Zu meinem Bericht über die Verhandlung vor dem Gewerbegericht in Nr. 110 hat der Werkführer H. Schmitz von der Regenhardtschen Tuchbinderei eine Erklärung in Nr. 119 des „Vorwärts“ erlassen, auf die ich antworten muß.

Gewerkchaftliches.

(Siehe auch zweite Beilage.)

Montag! Schlußmacher! In der Werkstätte von Carl Kieschke, Kürnbergstr. 66, sind Differenzen ausgebrochen. Vor Annahme von Arbeit wird gewarnt.

Fosen, 16. Mai. (Verbalprotokoll des „Vorwärts“.) Hier ist ein Klempnerstreit ausgebrochen. Zugang ist fernzuhalten. Alle arbeitsfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Qualifikation erklärt derselbe, daß er eine öffentlich-amtliche Tätigkeit nicht ausübe, auch die Verhältnisse in Pflögensee nicht kenne, da er nur als Student vor Jahren die Anstalt unter Leitung seines damaligen Professors beschäftigt habe.

Begutachtung der Sachverständigen.

Erster Staatsanwalt Schönian wünscht zu wissen, was Geh. Rat Kirchner von der Qualifikation und den schriftstellerischen Leistungen des Prof. Dr. Sommerfeld bekannt sei.

Präsident: Ich lehne die Stellung dieser Frage ab, weil sie nicht sachgemäß ist. Herr Prof. Sommerfeld: Können Sie sich über die wissenschaftlichen Leistungen der anderen Sachverständigen äußern?

Rechtsanwalt Dr. Liebknecht: Ich verlange den Gerichtsbeschluss namentlich deswegen, weil aus der Äußerung des Vorsitzenden vom Obergutachter hervorzugehen scheint, daß der Sachverständige nicht als vollwertig anerkannt wird.

Rechtsanwalt Dr. Liebknecht: Es ist für die Stellung der Gutachter wichtig, wenn wir auch Gutachter hören wollen und diese als Obergutachter ironisiert werden.

Vorsitzender (erregt unterbrechend): Ich habe schon einmal erklärt, daß eine Ironisierung nicht in Betracht kommt, und bitte mir aus, was ich amtlich erklärt habe, auch als amtlich zu respektieren.

Das Zeugnis der Beamten.

Der frühere stellvertretende Direktor, jetzige Direktor des Stadtvoigtgefängnisses Denzner ist seit dem Jahre 1882 in der Strafanstalt Pflögensee angeheftet gewesen. Er hat die ganzen Jahre nie etwas von einer schlechten Beschaffenheit des Wassers bemerkt, er wie seine Familie haben es stets getrunken.

Der Angeklagte Ahrens sei seinerzeit unter dem Namen Behrens von Strafverbüßung eingeliefert worden. Er machte einen guten Eindruck auf den Zeugen und schrieb eine gute Handschrift. Er war sehr fleißig und ordentlich gewesen.

Auffeher Seidenjahnur, der nächste Zeuge, belundet: Als Ahrens-Behtrens etwa zwei Jahre interniert war, habe er sich mit ihm darüber unterhalten, was er anfangen würde, wenn er wieder freikäme.

Auf die Frage des Rechtsanw. Löwenstein, ob irgend welche Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß Ahrens, der mehrfach für andere Gefangene eingetreten ist, dies aus eigennütziger Absicht getan habe, geben die Zeugen eine verneinende Antwort.

Wird und eine so lange Strafe sich bald wiederholt — ist dann nicht eine dauernde Gesundheitschädigung zu befürchten? — Geh. Rat Kirchner: Eine ununterbrochene Unterbringung in der Dunkelkammer findet nicht statt, sie wird immer durch Tage unterbrochen, an denen die betreffenden Gefangenen ihre regelmäßige Kost erhalten. Sie werden doch auch ängstlich beobachtet.

Vertreter der Nebenklager A. A. Chodziewner will im Anschluß an einen Satz des Artikels in Nr. 13 der „Zeit am Montag“ eine Frage stellen.

A. A. Dr. Liebknecht protestiert hiergegen, da die Artikel noch gar nicht verlesen sind und ein einzelner Satz nicht aus dem Zusammenhang gerissen werden dürfe.

Der Vorsitzende hält es ebenfalls für besser, erst später darauf einzugehen.

A. A. Dr. Heinemann fragt nach der Ausbildung der Personen, welche die ärztlichen Anordnungen auszuführen haben.

Der Sachverständige meint zuerst, sie brauchen nicht als Heilgehülfen geprüft zu sein, sondern müßten vor allem Gefangenen aufseher sein.

Auf Vorhalt von Heinemann, daß Geheimrat Krohn es für ungeschicklich und unzulässig erklärt, andere Personen als geprüfte Heilgehülfen zu verwenden, meint der Sachverständige, dann würde es sich wohl so verhalten.

Auf Befragen des Staatsanwalts erklärt der Sachverständige, er habe keine Veranlassung zu Bedenken, daß die ärztliche Behandlung der Kranken durch Herren Vaer und Pfleger nicht pflichtmäßig und gewissenhaft gewesen sei.

Es folgt die Vernehmung des Gewerbe-Arzt Dr. Meyer als Sachverständigen über die hygienischen Verhältnisse in den Arbeitsbaracken. Er hat im Juli v. J. die sämtlichen Arbeitsbaracken der Pflögensee Strafanstalt revidiert.

Freie Fabrik oder Baracke im Strafgefängnis.

Rechtsanwalt Löwenstein fragt, ob daraus, daß die Verhältnisse in den Arbeitsbaracken besser seien als in manchen Fabriken, geschlossen werden könne, daß sie in den Baracken gute seien?

Eine klare Antwort wird hierauf nicht erteilt. Es tritt eine halbseitige Pause ein.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen wird zunächst Geheimrat Vaer als Sachverständiger vernommen. Derselbe belundet: Er sei, nachdem er von 1866—1872 als Arzt am Zuchthause zu Naugard in Pommern tätig gewesen, am 1. Mai 1872 als Arzt in Pflögensee mittels Vertrages angestellt worden.

Zuletzt habe er ein Gehalt von 3000 M. bezogen, habe das Recht gehabt, Privatpraxis zu üben und sei seit 1879 auch Kreisarzt eines Berliner Bezirks. In Pflögensee sei 1876 noch ein zweiter Arzt angestellt und er zum Oberarzt ernannt worden.

Arzt und Gefangener.

Wodann wird Medizinalrat Dr. Pfleger vernommen: Er sei seit März 1882 in Pflögensee tätig und habe die Gefangenen des ersten und zweiten Gefängnisses (Gemeinschaftshaus) ärztlich zu versorgen. Ihm unterstand auch die Behandlung der Kranken im Lazarett, die Untersuchung der Zugänge und bei Verhinderung oder einer Reise des Dr. Vaer hatte er diesen auch zu vertreten.

Angell. Ahrens: Wie kam es, daß ich in drei Jahren dreier Einzelhäft nicht ein einziges Mal besucht worden bin?

Dr. Pfleger: Sie waren als Schreiber wohl nicht in der Zelle, sondern auf dem Spazierhof.

Angell. Ahrens: Meine Freizeiten waren morgens von 7—8 und nachmittags von 2—3; zu dieser Zeit war Dr. Pfleger niemals in der Anstalt.

Vors. (zu Ahrens): Waren Sie ärztlicher Pflege bedürftig?

Ahrens: Jawohl.

Dr. Pfleger: Wenn Sie vorgemerkt waren, sind Sie wahrscheinlich in Lazarett zu mir geführt worden.

Rechtsanw. Löwenstein: Haben Sie Ahrens überhaupt als Patienten behandelt?

Dr. Pfleger: Dessen entsinne ich mich jetzt nicht.

A. A. Dr. Löwenstein: Können denn Isoliergefangene ins Lazarett geführt werden? — Dr. Pfleger: Gewiß. — A. A. Dr. Löwenstein: Jedenfalls ist von Ihnen gesagt worden, daß Sie die Isoliergefangenen nur nach ihrer Vormeldung besuchten.

Angell. Ahrens: Allen Schreibern stand Mittelkost nach zwei Monaten zu, die sie alle bekamen. Ich bestreite, daß Dr. Pfleger mir Mittelkost bewilligt hat, trotzdem ich so krank war, daß ich kaum ein Attenbüchel tragen konnte.

Dr. Pfleger: Es existiert keine Vorschrift bezüglich der Mittelkost nach zwei Monaten, sondern ein Aush, von dem nicht abgewichen wurde. — Ahrens: Es gab auch Leute, die sich nicht mehr vormelden konnten, weil sie geistig zu sehr runter waren.

Diese wurden auch nicht besucht, obwohl doch jeder einmal im Monat besucht werden soll. — Zeuge Dr. Pfleger: Wer in einem solchen Zustande war, kam sicher ins Lazarett! — Rechtsanw. Dr. Liebknecht: Wer hatte denn aber über den Zustand der Kranken zunächst zu befinden? — Zeuge: Der Aufseher. — Angeklagter Ahrens: Herr Dr. Pfleger behauptet, daß er die Leute auch mitunter auf Spaziergängen besucht habe.

Dr. Pfleger: Ich erwidere, daß die Spaziergänge fanden abends statt, da war Dr. Pfleger auch nicht da. — Auf Befragen des Staatsanwalts Dr. Liebknecht bestätigt Medizinalrat Dr. Pfleger, daß er die 3—4 Stunden täglicher ärztlicher Tätigkeit in der Anstalt nicht ausschließlich den Kranken widmete, sondern eine Menge Anfragen über dies und jenes zu erledigen hatte etc. — A. A. Dr. Heinemann: Gibt es nicht eine Vorschrift, wonach jeder Gefangene mindestens einmal im Monat besucht werden muß?

Dr. Pfleger: Für die in Gemeinschaftshaus Befindlichen nicht. — A. A. Dr. Liebknecht: Aber wohl für die in Isolierzellen Befindlichen? — Dr. Pfleger: Ja wohl. — A. A. Dr. Liebknecht: Der Zeuge hat zugegeben, daß der Besuch der Isoliergefangenen nur stattfand, wenn sie sich vormelden ließen. Das punktu salions ist aber, daß sie auch besucht werden, wenn sie sich nicht vormelden ließen. — Präsi.: Angeklagter Ahrens! Wollen Sie zugeben, daß sie auf Dr. Pfleger nicht gut zu sprechen sind? — Angell. Ahrens: Das gebe ich nicht zu.

Seitens der Verteidiger ist noch Prof. Dr. Sommerfeld als Sachverständiger geladen worden, der hierauf vernommen wird. Auf die eingehenden Fragen des Vorsitzenden nach dessen Sachverständigen-

Abgeordnetenhaus.

182. Sitzung vom Dienstag, den 16. Mai, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: Kommissare. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beratung des Schul-Kompromissantrages der Abgg. Sadenberg (natl.), Dr. v. Gendeband und der Kasa (L.) und Freiherr v. Jeditz (st.), so weit er sich auf die Beseitigung unbilliger Ungleichheiten in der Belastung der Schulverbände und in der Höhe des Dienstverdienstes der Volksschullehrer bezieht.

Die Unterrichts-Kommission, der dieser Antrag zur Vorberatung überwiesen war, schlägt eine Resolution vor, in der die Staatsregierung aufgefordert wird, a) in den Entwurf eines Gesetzes über die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen Bestimmungen aufzunehmen, durch die eine wirksame Entlastung der überlasteten leistungswachen Verbände im Sinne der Gesetze wegen allgemeiner Erleichterung der Volksschullasten und des Lehrerbefoldungs-Gesetzes herbeigeführt wird, b) nach Durchführung der Neuordnung der Schulunterhaltungs-Gesetze ohne Verzug die Revision des Lehrerbefoldungs-Gesetzes vorzunehmen, namentlich in der Richtung, daß die Mindestsätze des Grundgehalts und der Dienstalterszulagen erheblich erhöht werden; c) bis dahin durch angemessene Erhöhung des im Etat für 1905 ausgewiesenen Fonds die Beseitigung der vorhandenen Härten zu erleichtern.

Abgg. Jeditz (st.) und Genossen beantragen, dem Punkt o folgende Fassung zu geben: „bis dahin aber durch einzugleich mit dem Schulunterhaltungsgesetz in Kraft tretende Novelle zu diesem Gesetze dafür zu sorgen, 1. daß der Mindestbetrag des Grundgehalts auf 1200 M. für erste und alleinstehende Lehrer an Schulen mit nicht weniger als 30 Schülern, auf 1100 M. für alle übrigen Lehrer, auf 900 M. für Lehrerinnen, 2. daß der Mindestbetrag der Dienstalterszulage auf 130 M. für Lehrer und auf 100 M. für Lehrerinnen erhöht wird, 3. daß die durch diese Erhöhung den Schulverbänden erwachsenden Mehrausgaben aus der Staatskasse erstattet werden, soweit sich dadurch ihre Leistungen für die Volksschule auf mehr als 50 Proz. des Sollauskommens an Staatseinkommensteuer erhöhen.“

Im Falle der Ablehnung dieses Antrages beantragen Abgg. Jeditz u. Gen. (st.) den Punkt o wie folgt zu fassen: „Zur Beseitigung der unbilligsten Ungleichheiten in den Lehrerbefoldungen in dem Etat für 1905 den hierzu bestimmten Dispositionsfonds von 200 000 M. zunächst auf fünf Millionen Mark zu erhöhen.“

Abg. Ernst (fr. Vg.) beantragt, die Punkte b und c des Kommissionsantrages durch folgende Fassung zu ersetzen: gleichzeitig mit dem Schulunterhaltungsgesetz einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen 1. der § 2 des Lehrerbefoldungsgesetzes wie folgt geändert wird: „Das Grundgehalt darf für Lehrstellen nicht weniger als 1350 M., für Lehrerinnenstellen nicht weniger als 1050 M. jährlich betragen“; 2. der § 6 des Lehrerbefoldungsgesetzes folgende Fassung erhält: „Die Alterszulage darf in keinem Falle weniger betragen als a) für Lehrer jährlich 150 M., steigend von drei zu drei Jahren um je 150 M. bis auf jährlich 1350 M.; b) für Lehrerinnen jährlich 120 M., steigend von drei zu drei Jahren um je 120 M. bis auf jährlich 1080 M.“

In Verbindung damit werden zahlreiche Lehrerpitionen auf Gehaltserhöhung beraten.

Abg. Jeditz (st.) beantragt, die Punkte b und c gleichzeitig mit dem Schulunterhaltungsgesetz eine Novelle zur Lehrerbefoldung vorgelegt werde, die durch Festsetzung eines Mindestgehalts und von Dienstalterszulagen wenigstens die schlimmsten Ungleichheiten und schlimmsten Unbilligkeiten beseitigt, die endlich das Land und die kleinen Städte von dem Fluche befreie, die unerfahrensten und schlechtesten Lehrer zu haben. Wenn in Preußen wirklich dazu das Geld nicht vorhanden sein sollte, so müsse man das nur Angenehme, das äußerlich Dekorative einschränken. (Sehr richtig! rechts.)

Inzwischen ist von den Abgg. Dr. Jwied und Kopsch (fr. Vp.) folgender Antrag eingegangen:

Gleichzeitig mit dem Schulunterhaltungsgesetz-Entwurf einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen

1. der § 2 des Lehrerbefoldungsgesetzes vom 3. März 1897 wie folgt abgeändert wird:

„Das Grundgehalt darf für Lehrstellen nicht weniger als 1350 M., für Lehrerinnenstellen nicht weniger als 1050 M. jährlich betragen“;

2. der § 6 des erwähnten Gesetzes folgende Fassung erhält:

„Die Alterszulage darf in keinem Falle weniger betragen als: a) für Lehrer jährlich 150 M., steigend von drei zu drei Jahren um je 150 M. bis auf jährlich 1350 M.;

b) für Lehrerinnen jährlich 120 M., steigend von drei zu drei Jahren um je 120 M. bis auf jährlich 1080 M.“;

3. zwecks Beseitigung der aus dieser Befoldungserhöhung entstehenden Mehrkosten Staatszuschüsse nach in dem Gesetzentwurf festzustellenden Grundlagen zu gewähren sind.

Ministerialdirektor Dr. Schwarzkopff: Der Minister bedauere, durch die heutige Konferenz verhindert zu sein, persönlich zu erscheinen. Die Unterrichtsverwaltung weiß ganz genau, wo die Volksschullehrer und die Schulverwaltung der Schuld drückt. Landflucht der Lehrer sind ihr alltägliche Worte. Sie ist sich aber auch klar über den Weg, auf dem allein eine Besserstellung der Lehrer erreicht werden kann. Erst nach Regelung der Schulunterhaltungspflicht ist sie überhaupt in der Lage, an eine Revision des Lehrerbefoldungs-Gesetzes heranzutreten. Die Frage ist: Wie beteiligt man den Staat an der Schulunterhaltung, welche Form läßt sich dafür finden? Nöcher diese Frage werden wir uns im Herbst klar werden müssen. Welches, Schulunterhaltung und Lehrerbefoldung, läßt sich nicht auf einmal regeln. Ich hoffe, wir werden uns bereits in 3-4 Monaten mit dem Schulunterhaltungsgesetz zu beschäftigen haben, und bitte Sie, dieses erst abzuwarten, ehe Sie an die Lehrerbefoldung herangehen.

Abg. Dr. Jerner (L.): An den Ausführungen des Regierungskommissars hat mich besonders gefreut, daß wir uns im Herbst mit dem Schulunterhaltungsgesetz zu beschäftigen haben werden. Wenn er aber davon spricht, daß dies schon nach drei bis vier Monaten der Fall sein soll, so glaube ich, daß wir, wenn wir die Vergegenwärtigung glänzend in den Hafen gebracht haben werden, Ansporn auf eine längere Frist haben. Gegen die Verkopplung der Frage der Lehrerbefoldung mit der der Schulunterhaltungspflicht muß ich mich auch erklären. Ich bitte, es bei dem Antrage der Unterrichts-Kommission zu belassen und die übrigen Anträge abzulehnen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Jwied (fr. Vp.): Fast die Hälfte unserer 100 000 Volksschullehrer ist unzulänglich befolgt. Das Schwierigste, so sagte der Ministerialdirektor mit Recht, werde die Verteilung der Schullasten auf die starken Schultern. Insbesondere die Güterbezirke, die bisher von Schullosen fast gänzlich frei waren (Lachen rechts), müssen jetzt endlich nach ihrer Leistungsfähigkeit herangezogen werden. Gegenüber dem Antrag v. Jeditz haben wir das Bedenken, daß das Provisorium leicht ein Definitivum werden könnte. Wir können ihm deshalb, ganz abgesehen davon, daß ihm die ganze Lehrerschaft schroff ablehnend gegenübersteht, nicht zustimmen. Anders sieht es mit der Bereitstellung der fünf Millionen im Dispositionsfonds. Falls unsere Anträge nicht die Mehrheit des Hauses finden würden, würden wir auch für ihre Einstellung in den Etat stimmen in der Erwartung, daß die Regierung uns über ihre Verwendung einen Plan zur Genehmigung vorlegen wird. Unsere Anträge mit der Forderung von 1350 M. Grundgehalt sind ja in der Kommission schon abgelehnt worden, aber daß sie berechtigt sind, hat heute auch Jeditz v. Jeditz anerkennen müssen.

Abg. Dr. Dittrich (Z.): Die Anträge des Herrn v. Jeditz haben meine Freunde in der Kommission abgelehnt und wir werden uns auch im Plenum auf den Boden des Kommissionsantrages stellen.

Wir sind der Meinung, daß eine gründliche Revision des Lehrerbefoldungsgesetzes sobald wie möglich erfolgen muß, dieser muß aber das Schulunterhaltungsgesetz vorgehen. Den Antrag Ernst müssen wir ablehnen. Er geht zu weit und fordert etwas, was vielleicht nicht zu erreichen ist.

Abg. v. Scheidehoff (natl.): Der Kommissionsbeschluss entspricht in keiner Weise den Erwartungen meiner Freunde, er ist ein Bescheid auf die Zukunft. Ein Teil meiner Freunde wird für den Antrag Ernst stimmen. Die provisorische Regelung des Lehrerbefoldungsgesetzes, die Freiherr v. Jeditz wünscht, würde die gründliche Revision dieses Gesetzes nur verzögern. Wir werden für die Punkte a und b der Kommissionsbeschlüsse und für den Antrag Freiherr v. Jeditz zu stimmen.

Finanzminister Freih. v. Rheinbaben: Ich kann Sie nur bitten, den Kommissionsbeschlüssen zuzustimmen. Eine Verquickung der Schulunterhaltungsfrage mit der der Lehrerbefoldung empfiehlt sich aus politischen und finanziellen Gründen nicht. Durch das neue Volksschulunterhaltungsgesetz wird das ganze Volksschulwesen auf eine neue Basis gestellt, und es wäre nicht richtig, in demselben Augenblick, wo verschiedene Träger der Schullasten auf Grund des neuen Gesetzes mehr belastet werden, gleichzeitig durch die Befoldungsregelung noch mehr Lasten auf sie zu legen. Eines nach dem anderen. Ich hoffe, daß wir zu einer Verständigung über die Schulunterhaltungspflicht kommen. Diese Verständigung würde aber erschwert werden, wenn gleichzeitig eine Neuregelung des Lehrerbefoldungsgesetzes verlangt werden würde.

Abg. Ernst (fr. Vg.) bedauert, daß die Kommission nur eine allgemeine Resolution gefaßt habe, die lediglich Zukunftsmusik enthalte.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Der Antrag der Unterrichts-Kommission unter a wird einstimmig angenommen.

Abg. Ernst (fr. Vg.) zieht seinen Antrag zugunsten des Antrages Jwied-Kopsch zurück.

Der Antrag der Abgg. Jwied und Kopsch (fr. Vp.) wird gegen die Stimmen der freisinnigen Parteien und eines Teils der National-Liberalen abgelehnt, worauf der Kommissionsantrag unter b angenommen wird.

Der Hauptantrag Jeditz (st.) wird in namentlicher Abstimmung mit 148 gegen 121 Stimmen abgelehnt.

Der Eventualantrag Freiherr v. Jeditz (st.) zu o auf Erhöhung des Dispositionsfonds zum Ausgleich der Härten in den Lehrerbefoldungen auf fünf Millionen Mark wird mit 158 gegen 113 Stimmen angenommen, womit der Punkt o des Kommissionsantrages beseitigt ist.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. (Zweite Beratung der Berggesetz-Novelle auf Erlaß von Arbeiter-Schutzbestimmungen.)

Koloniale Bahngründungen.

Die Budget-Kommission des Reichstages beschäftigte sich am Dienstag zunächst mit der Beratung eines Entwurfs eines Gesetzes über eine Eisenbahn in Kamerun. Abg. Dr. Müller-Sagan fragte an, wie es sich mit der etwaigen weiteren Ausgestaltung der projektierten Bahn bis zum Tsiadsee verhalte; schon jetzt werde dafür eine lebhafte Propaganda gemacht. Die Kolonialverwaltung habe deshalb die Verpflichtung, das ganze Projekt zu beleuchten, damit man wisse, was denn eigentlich geplant sei. Kolonialdirektor Dr. Stäbel erklärte, daß für die Kolonialverwaltung keine weiteren Pläne existieren; sie sei viel zu „provisorisch“, um auf die Phantasien einer Tsiadseebahn einzugehen; es handle sich ausschließlich um eine Bahn „zunächst“ von Duala aus in das Herz des Schutzgebietes. Das Projekt sei tatsächlich vollkommen abgeschlossen. Der Reichstag behalte für später in jeder Beziehung freie Hand.

Abg. Lattmann hält die Bahn für notwendig und auch später für rentabel. Aber er will aus folgenden Gründen die Verhandlungen vertagt wissen: der Konzessionsvertrag ist vom 17. Februar datiert, die Regierung hätte also Zeit genug gehabt, diese Vorlage früher einzubringen, jedoch wir mehr Zeit zur Vorbereitung gehabt hätten. Die Vorlage dürfe nicht durchgepeitscht werden, denn eine Begründung sei so gut wie gar nicht gegeben. Das Buch von René, das die eigentliche Begründung enthalte, werde vorläufig vom Verlag auf Order des Autors nicht ausgegeben. Die beiden vorgelegten Karten sind nach dem Urtitel eines Kartographen falsch; die Behauptungen, sie stammten aus den letzten Jahren, sei nicht wahr. Dr. Passarge erklärt die Karten für ganz falsch. Der Kommission müßten die Einzelaufnahmen zur Nachprüfung vorgelegt werden. Es sei ferner behauptet worden, es lägen zwei Kostenschätzungen vor: von 55 000 und 106 000 M. pro Kilometer. Dieser Erhöhung sei eingetreten, nachdem die Reichs-garantie in sicherer Aussicht stand. Der Gouverneur v. Puttlamer habe nicht das Vertrauen der Kolonialen Kreise. Es liege gegen ihn viel Material vor. Eine Untersuchung werde beantragt. Es werde gesagt, daß der Gouverneur in wirtschaftlicher Abhängigkeit von Kapitalistengruppen sei. Erst müsse er verschwinden, ehe man an die Beratung der Vorlage herangehen könne. Die ganze Grund-lage der Vorlage müsse gründlich durchgeprüft werden; sogar der Kolonialrat habe sich gegen das Konzessionswesen ausgesprochen.

Der Kolonialdirektor beirrt, daß der Vertrag am 17. Februar abgeschlossen sei; es sei vielmehr am 14. März geschehen. Die Kolonialverwaltung habe sich sehr beeilt. Der Bundesrat habe sie allerdings nicht mehr vor den Ferien erledigen können. Die Begründung sei nicht schlecht, sondern gut. Er könne nicht wissen, warum Herr René das Buch der Presse verschlechte. Von der Vor-lage falschen und unrichtigen Kartenmaterials könne keine Rede sein; das beste, was vorhanden, sei vorgelegt worden. Die Einzelaufnahmen brauche die Regierung nicht vorzulegen. Zwei Kosten-anschläge lägen allerdings vor; der eine sei in der Trockenzzeit, der andere in der Regenzeit aufgestellt worden!!! Auf die Anschuldigungen gegen den Gouverneur v. Puttlamer gehe er nicht ein, bevor sie nicht substantiiert würden. Jedenfalls weile er zurück, daß jener Herr finanziell abhängig und dadurch beeinflusst sei.

Abg. Lattmann legte eine Karte aus dem Jahre 1897 vor, die der angeblich aus 1902 stammenden, der Kommission vorgelegten Karte zugrunde gelegen hat, und schlug den Geheimrat Danneberg als Sachverständigen zur Nachprüfung vor.

Abg. Erzberger trat sehr lebhaft für die Vorlage ein. Die Anlage gegen Gouverneur v. Puttlamer müsse durch Abg. Lattmann näher begründet werden. Die Vorlage sei viel besser begründet als die früheren. Es sei am besten, eine freie Kommission zu Verhandlungen mit dem Subditat zu bilden, wie man es auch schon früher gemacht habe. Abg. Singer widersprach diesem Vorschlag; er legte Protest ein gegen die Bildung eines solchen Ausschusses, der mit einer Privatgesellschaft unerbittliche Behauptungen pflege. Abg. Prinz Arenberg und Arendt erzählten, wie man es früher bei solchen Gelegenheiten gemacht habe. Abg. Ledebour schloß sich dem Vorschlag des Abg. Lattmann an, die Verhandlungen zu vertagen. Die Angaben gegen den Gouverneur müßten substantiiert und dann untersucht werden. Die Bedingungen der Konzessionen könnten ohne eine Verlegung der Rechte der Eingeborenen nicht erfüllt werden. Die Tröce der Bahn bedeute an, daß man sie später weiter bauen wolle. Die schiffbaren Flüsse würden immer den Haupt-handelsverkehr an sich ziehen; dadurch wird die Rentabilität der Bahn immer in Frage gestellt.

Abg. Lattmann bestand darauf, daß das kartographische verifiziert werde: nur auf Grund einer genaueren Karte könne ein richtiger Kostenschätzung aufgebaut werden. Geh. Rat Klein mußte zugestehen, daß das Kartenmaterial allerdings seit 1897 nicht wesentlich verbessert worden sei. Abg. Singer wies darauf hin, daß das Mißtrauen gegen die Regierungsvorlage durchaus angebracht sei; auch die Frage der verschiedenen Kostenschätzungen sei

nicht so gleichgültig; die starke Differenz verrate doch eine große Unückerheit und man müsse immer damit rechnen, daß das Reich voll mit seiner Garantie herangezogen werde. Auch die Anschuldigungen des Abg. Lattmann gegen den Gouverneur v. Puttlamer müßten substantiiert und untersucht werden. Auffällig sei der außerordentlich hohe Preis, den das Zentrum in dieser Frage an den Tag lege; er stehe im Gegensatz zu dem von ihm sonst gezeigten Bunde, möglichst viel Material zur Nachprüfung der Regierungsvorlage beschaffen zu lassen.

Abg. Lattmann begründet nach der Mittagspause nochmals sein Mißtrauen gegen die Vorlage. Was die Angriffe auf den Gouverneur v. Puttlamer anlange, so werde er das Material im Laufe der nächsten Woche der Kolonialverwaltung unterbreiten. Man könne keinen Gouverneur gebrauchen, der, B. in der Frage, was „erren-loses Land“ wäre, nicht objektiv verfähre.

Der Kolonialdirektor erklärte in der Debatte, die Land-gesellschaften könnten eventuell herangezogen werden, besonders wenn die Bahn fertiggestellt wird. Abg. Dr. Müller-Sagan macht darauf aufmerksam, daß der Kolonialdirektor am Morgen gelogt hatte, man denke nicht an einen Weiterbau. Auf diese Annäherung schweig der Kolonialdirektor!

Die Verhandlungen wurden auf Mittwoch vertagt.

Aus Industrie und Handel.

Zucker-Baisse. Seit Beginn vorigen Jahres steht der Zuckermarkt unter stetigen Schwankungen, die weniger durch natürliche Verhältnisse verursacht worden sind, d. h. durch den Rübenenergieausfall und den Stand der Zuckerezeugung in den verschiedenen Ländern, als durch das Treiben der Spekulation. Im Januar 1904 stand der Preis für Rohzucker in Hamburg auf 16 M. pro Doppelzentner, erhöhte sich aber infolge ungünstiger Berichte über den Stand der Rübenfelder und einer ziemlich starken, durch die Hauffe-spekulation forcierten Nachfrage bis zum August auf über 19 M. Dann setzte unter Hinweis der Spekulation auf die anhaltende Dürre und die zu erwartenden Mindererträge eine starke Hauffe ein. Ende Dezember stellte sich der Preis am Hamburger Markt auf circa 28 1/2 M., und am 20. Januar notierte die sofort lieferbare Ware gar über 32 M. - Darauf trat, da die Produktion der meisten Länder sich als reichlicher herausstellte, wie von der Hauffe-spekulation in die Welt hinausposaunt worden war, ein Rückschlag ein, am 1. Mai notierte die Raffinade noch mit 28 M. pro Doppelzentner, ist aber seitdem, von einer kleinen Zwischen-Hauffe abgesehen, immer tiefer gesunken. Gestern fiel in Hamburg der Preis für Zucker per Mai auf 22,70 M., per Juni auf 22,75. Ursache des Preisfalls ist die von der Internationalen Vereinigung für Zuckerstatistik veröffentlichte Mitteilung, daß fast in allen Zuckerproduktionsländern das mit Rüben bedante Areal stark zugenommen hat. Auf Grund der vom 3. bis 13. Mai dieses Jahres vorgenommenen Umfrage kommt die Vereinigung in ihrem Bericht zu folgendem Resultat: In Deutschland wurde für 1905 ein Gesamtanbau von 468 766 Hektar gegen 414 802 Hektar im Vorjahr ermittelt, der Mehrausbau beträgt also + 53 964 Hektar. Von den hauptsächlichsten Anbaugebieten sind hervorzuheben die Provinz Sachsen mit 115 410 Hektar (+ 10,7 Proz.), Schlesien mit 62 573 Hektar (+ 10,5 Proz.), Posen 50 456 Hektar (+ 6,4 Proz.), Hannover 40 604 Hektar (+ 14,6 Proz.), Westpreußen 27 667 Hektar (+ 13,7 Proz.), Braunschweig 25 847 Hektar (+ 12,7 Proz.), Pommern 24 924 Hektar (+ 11,0 Proz.), Anhalt 21 462 Hektar (+ 11,0 Proz.). - Auch in den übrigen Produktionsländern hat das Areal durchweg beträchtlich zugenommen: Frankreich 250 (275) Fabriken 246 650 Hektar (+ 29,0 Proz.) Anbau, Rußland 278 (276) Fabriken mit 649 400 Hektar (+ 14,8 Proz.) Anbau, Belgien 94 (90) Fabriken 68 680 Hektar (+ 49,8 Proz.) Anbau, Holland 27 (26) Fabriken 48 480 Hektar (+ 35,2 Proz.) Anbau, Schweden 18 (18) Fabriken 27 832 Hektar (+ 13,3 Proz.) Anbau und Dänemark 7 (7) Fabriken mit 15 200 Hektar (+ 8,6 Proz.) Anbau.

Unsere Kolonie Samoa gilt nächst Kamerun als die entwicklungs-fähigste; das letzte Jahr zeigt aber weit eher eine Rück- als Vorwärtsentwicklung. Nach den offiziellen Angaben des Gouvernements hat die Einfuhr Samoas im Jahre 1904 um 361 527 M. abgenommen. Sie fiel von 2 681 405 M. im Jahre 1903 auf 2 319 878 M., und zwar ist dieser Preisfall durch die Abnahme des Imports von Industrie-Artikeln entstanden, die Einfuhr von Nahrungsmitteln ist sogar gestiegen.

Die Ausfuhr Samoas ist allerdings um 290 274 M., nämlich von 1 894 607 auf 1 604 331 M. gestiegen. Aber mit der Steigerung ist es ein eigenes Ding; sie erklärt sich daraus, daß die Koprapreise im letzten Jahr außergewöhnlich hochstanden. Obgleich Samoa 1904 circa 168 000 Kilogramm Kopra weniger ausgeführt hat als 1903, erhöhte sich trotzdem der Wert der Kopra-Ausfuhr um 207 000 Mark.

In diesem Ansehenhandel seiner Kolonie ist jedoch Deutschland selbst nur mit einem verhältnismäßig geringen Bruchteil beteiligt. Die Wareneinfuhr Samoas aus Deutschland betrug im letzten Jahr nur 463 991 M., keine Ausfuhr nach Deutschland 821 118 M. Den weitaus größten Teil der samoanischen Einfuhr liefern Australien, die Südsee-Inseln und die Vereinigten Staaten von Amerika.

Neue russische Anleihe. Die russische Regierung befindet sich schon wieder in der schlimmsten Geldnot und sucht um jeden Preis neue Mittel heranzuschaffen. Auf laienliche Vorschlag findet, wie aus Petersburg gemeldet wird, eine Ausgabe kurzfristiger Schuldscheine der Reichsrentei im Betrage von 200 Millionen Rubel statt, von denen bereits 150 Millionen untergebracht sind. Die letzte Mit-teilung bedeutet eine Hebungsschuld. Bisher war nur bekannt, daß die deutschen Banken unter Führung des Hauses Mendelssohn u. Co. für 200 Millionen Mark solcher Schuldscheine übernommen haben; hier wird aber die Summe der bereits untergebrachten Scheine mit 150 Millionen Rubel, also ungefähr 823 Millionen Mark beziffert. Demnach müssen die deutschen Banken entweder einen weit höheren Betrag als bisher verlauntet, übernommen haben, oder es ist außerdem nach Oesterreich und Frankreich ein bedeutender Teil der Schuldsumme gegangen.

Rußland bedeutet auch diese Mittelbeschaffung nur einen Tropfen auf einen heißen Stein; und tatsächlich ist denn auch das russische Finanzministerium mit allen Kräften bemüht, die französische Bankwelt zur Gewährung der Anleihe, die sie im Februar nach der Schlacht bei Ruden verweigerte, zu bestimmen. Um den Widerstand des französischen Publikums gegen eine solche Anleihe zu schwächen, will sogar die russische Regierung die Verpflichtung übernehmen, für den vierten Teil des Anleihebetrages auf französischen Werften russische Kriegsschiffe bauen zu lassen. Der „Frankf. Ztg.“ wird darüber aus Petersburg gemeldet:

Der Chef der Sektion für Schiffsbauten im russischen Marine-ministerium, Admiral Rodionow, ist nach Paris gereist, um an Ort und Stelle die Frage der Leistungsfähigkeit der französischen Schiffswerften zu studieren. Wie ich höre, sieht diese Reise in unmittelbarem Zusammenhang mit den Anleiheverhandlungen, die im Februar dieses Jahres zwar resultatlos verliefen, aber keineswegs endgültig abgebrochen wurden. Damals war anfänglich an die Beschaffung von 1000 Millionen Franz. gedacht, nachher verständigte man sich auf 600 Millionen Franz., aber die Ratifi-zierung der Anleihe unterblieb. Jetzt soll das französische Konsortium sich bereit erklärt haben, sogar die ganzen 1000 Millionen Franz. zu beschaffen, falls ein größerer Teilbetrag (etwa ein Viertel des ganzen Anleihebetrages) zum Bau von russischen Kriegsschiffen auf französischen Werften Verwendung findet. Sollten denn französischen Schiffsbau in der Tat so große Befähigungen zugewiesen werden, dann dürften die übrigen ausländischen Werkstätten ziemlich leer ausgehen, zumal auch die russischen Schiffsbauer alle Hebel in Bewegung setzen, um von der Renovierung der russischen Flotte Vorteil zu ziehen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 17. Mai:
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus, Lohengrin. (Anfang 7 Uhr.)
Schauspielhaus, Im stillen Böhmen. Neues Operntheater, Jung-Heidelberg.

Verlucor, Tote-Tote.
Wetten, Schiller-Opernaufführung des Sternchen-Konferenztiums.
Anfang 8 Uhr:
Deutsches, Der Reineidbauer.
Belking, Elga.
Neues, Ledige Leute.
Thalia, Die Bäder von Lucca.
Residenz, Herzogin Crevette.
Schiller, O. (Ballner-Theater).
Der artesische Brunnen.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Die Herren Söhne.
Kleines, Abschied vom Regiment.
Angele.

National, Die Fledermaus.
Zentral, Die kleinen Lämmer. (Los patitos bravos.)
Trianon, Ihr zweiter Mann.
Schauspielhaus, Der Familientag.
Welle-Miloune, Liebesmanöver.
Carl Weiß, v. Goldberg.
Weichhaken, Steiner Sänger.
Sofino, Hotel Klingebusch.
Sternfeld-Theater, Geflohen.
Apollo, Berliner Luft Spezialitäten.
Wintergarten, Otto Reutter. — Spezialitäten.

Passage-Theater, Spezialitäten.
Metropol, Die Herren von Maxim.
Urania, Fandulstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Der Simphon und sein Gebiet.
Invalidentheater, Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr:
Ledige Leute.
Morgen und folgende Tage:
Ledige Leute.
Sonabend 3. erstmalig: Künstler. Ein Stück aus der Wiener Bohème in drei Akten von Josef Höltinger.

Kleines Theater
Anfang 8 Uhr.
Angele.
Vorher: Abschied vom Regiment.
Donnerstag: Nachtsyl.
Freitag: Angele. Abschied vom Regiment.
Sonabend, Sonntag: Salome.

National-Theater
Weinbergstr. 20.
Mittwoch, den 17. Mai 1905:
Die Fledermaus.
Anfang 8 Uhr.
Morgen zum erstenmal:
Die Regimentsdokter.

WOLZOGEN-OPER
THALIA-THEATER.
DIE BÄDER VON LUCCA.
Morgen Donnerstag, den 18. Mai, Novität: Zum erstenmal: **Reklame.**
Anfang 8 Uhr.

Neue Königl. Oper (Kroll).
Jung-Heidelberg.
Anf. 7 1/2 Uhr. Billettwork: Kgl. Opernhaus, Schalter 3, Wertheim. Invalidentank und Abendkasse. Sonntag, den 21. Mai, nachm. 3 Uhr: **Frühlingsluft.**
Täglich:
Garten-Militär-Konzert.

Kasino-Theater
Lothringersstr. 37. Anf. täglich 8 Uhr.
Schauspielhaus
Sonntag, den 28. Mai.
Bis dahin auf Wunsch: Neu einstudiert
Hotel Klingebusch.
Vorher das brillante Mai-Programm.
Sonntag nachmittags 4 Uhr:
Graphologie.

Apollo-Theater.
218, Friedrichstraße 218.
7 1/2 Uhr: **Gr. Gartenkonzert.**
8 Uhr: **Berliner Luft**
von Paul Lincke.
9 1/2 Uhr: Die glänzenden Mai-Spezialitäten.

Schweizer-Garten.
Am Königstor. Am Friedrichshain. Straßenbahn Nr. 1, 2, 4, 17, 62, 63, 74.
Von Sonntag, den 21. Mai, ab bis Pfingsten: Jeden Sonntag, Montag, Mittwoch und Donnerstag
Konzert, Theater u. Spezialitäten - Vorstellungen
sowie **Ball** und **Volksbelustigungen**
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Urania, Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Der Simphon und sein Gebiet.

Sternwarte Invalidentheater, Sternwarte, 57/62.
P. CASTAN'S PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Mlle. Vallée aus Paris, armlose Fußkünstlerin!
Sig. Garcia, phänomenaler Schatten-Silhouettist!
Lebende Photographien.
Italien, Damenkapelle „Revelli“.

Metropol-Theater
Der größte Erfolg der Saison!
Zum 192. Male:
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungsszene mit Gesang und Ballett in 5 Bildern. Anf. 8 Uhr. Kanchen gestattet.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Heute: **Geschlossen.**
Die Spieltage sind bis auf weiteres: **Sonabend, Sonntag und Montag.**
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Bei schönem Wetter: **Vorstellung im Garten.**

Lustspielhaus.
Anfang 8 Uhr.
Der Familientag.
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag: **Der Familientag.**
Freitag: **Biederleuts.**

Gebrüder Herrfeld-Theater.
Heute: **Geschlossen.**
Ab Donnerstag, den 18. Mai, täglich 8 Uhr abends die berühmten, einzig dastehenden **Winter-Tymians.**
15
Humoristen, Ouvertürierer, Schauspieler, Solisten, Opernsänger, Instrumentalisten.
Bedeutend ermäßigte Sommer-Entréepreise.
Vorverkauf schon heute 11-2 Uhr.

Passage-Theater.
Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr. Anf. nachm. Sonntag, 3. Sonntag, 5 Uhr.
Auftritt der liebreichenden phänomenalen **4 1/2 jährigen** Sängerin und Schauspielerin **Angelika Walter.**
Emmi Kröchert profiliert.
Orlonia und das glänzende Mai-Prgr.

Otto Pritzkows
Abnormitäten-Ausstellung
Münzstr. 10.
Kurzgefasstes Spiel des berühmten laubstimmigen Bauberkünstlers Professor **Paulo.**
Lola, die Verhöhnung eines Weibes aus dem Nichts.
Kleinfrau, 485 Pfund schwer, schwerste Dame, die je gelebt.
Arabella, total kunstvoll tätowiert.
Entree 20 Pf.

Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater.
Frankfurter-Allee 85.
Das großartige neue **Mai-Programm.**
20 erstklassige Nummern.
Täglich:
Großer Ringkampf
Parodie.

Schiller-Theater
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Der artesische Brunnen.
Rächenposse in 3 Akten und 4 Aufzügen mit Gefängen u. Tängen von Gustav Haeder.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der artesische Brunnen.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der artesische Brunnen.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Ihr zweiter Mann.
Anfang 8 Uhr.

Residenz-Theater.
Dir.: **Richard Alexander.**
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Herzogin Crevette.
Schwank in 1 Borpiel u. 3 Akten von Georges Feydeau, Deutsch von Benno Jacobson.

Nur noch 4 Tage:
Mittwoch, den 17. Mai
Donnerstag, den 18. Mai
Freitag, den 19. Mai
Sonnabend, den 20. Mai

stellen wir mehrere Posten vorjähriger oder nicht ganz moderner, wie auch mit kleinen Mängeln behafteter **Herren- und Knabenkleidungsstücke zu stark herabgesetzten Preisen**, teilweise für die Hälfte, teilweise für den dritten Teil der bisherigen Preise zum Verkauf, selbstredend **nur so lange der Vorrat reicht**, da die Ausverkaufspiecen nicht ergänzt werden können.
Ganz Berlin wird über die beispiellos billigen Preise staunen.

Ein Sommerpaletots, darunter welche, die 30 M. gekostet haben, auch Modelle, jetzt **6, 9, 12 M.**

Ein Jackettanzüge, gute, goddiogene Stoffe **9 u. 12 M.**

Ein Rockanzüge, schwarz u. farbig, darunter Prachtexemplare **15 u. 18 M.**

Ein Radfahranzüge **8 M.**

Ein Gehröcke (dunkelgrau Marengo) **9 u. 12 M.**

Ein Herrenjackets **5 u. 7 M.**

Ein Jünglingsanzüge (kleinere Nummern) **8 M.**

Ein Knabenanzüge für das Alter von 2 bis 5 Jahren **2,75 M.**

Ein Knabenanzüge für das Alter bis 6 Jahre **4,50 M.**

Ein Knabenhosen für Knaben bis 7 Jahre **0,75 u. 0,85 M.**

Ein gr. Hausjoppen für Herren aus Sommerloden **2 M.**

Ein Lüstrejackets **1,50 M.**

Ein Schilleinenjoppen **0,85 M.**

In regulären Sachen sind unsere Lager bestens sortiert und führen wir Anzüge u. Paletots sowie Knabensachen vom billigsten bis zum feinsten Genre.

Wir bitten, dem Verkäufer ausdrücklich zu sagen, wenn zurückgesetzte Sachen verlangt werden. — Die Preise sind streng fest und auf jedem Gegenstand in Zahlen deutlich aufgedruckt.

Heitinger & Co
Oranien-Str. 40/41
Deutsche Compagnie

Unserer geehrten Kundschaft die ergebene Mitteilung, daß durch die hier eingetretene Lohnbewegung **unser Betrieb keine Unterbrechung** erleidet, da wir die an uns gestellten **Forderungen unserer Arbeiterschaft** sofort voll und ganz bewilligt haben!

Gebr. Selowsky, Zigarettenfabr., Dresden.

Unsere bekanntesten Spezialmarken sind:

Zenith — Bolero — Hâkim.

8164L

Freie Vereinigung der Tapezierer und verwandten Berufsgenossen
Berlin und Umgegend.
Heute Mittwoch, den 17. Mai 1905, abends 8 Uhr, Schützenstr. 18/19:
Verfammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Schiller und die Freiheit.“
2. Diskussion.
3. Vereins-Angelegenheiten.
Wichtig eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Vorstand.
178/7

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. (Ortsverwaltung Berlin.)
Freitag, den 19. Mai cr., nachm. 5 1/2 Uhr, beim Kollegen Köpcke in Spandau, Pichelsdorferstr. 39:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung der Bierkommission. 2. Bericht der Statutenberathungs-Kommission. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verbandsangelegenheiten.
Um zahlreichen und pünktlichen Besuch bittet
Der Vorstand. J. M.: Ernst Döhr.
60/9

Achtung! Achtung!
Karton-Branche!
Morgen, Donnerstag, den 18. Mai, abends 1/2 9 Uhr, im Lokale „Englischer Garten“, Alexanderstraße Nr. 27c:
Branchen-Versammlung
für alle in Kartonfabriken beschäftigte Arbeiter u. Arbeiterinnen.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen P. Litka. 2. Diskussion. 3. Berichtsangelegenheiten.
Das vollständige Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen ist dringend notwendig.
Der Vertrauensmann.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Gastspiel der Original-Tegernseer.
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Vollstück mit Gesang und Tanz in 5 Akten von L. Hingeneuber.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Nollendorf-Platz.
Zirkus Maximilian Brose.
Heute Mittwoch, den 17. Mai:
2 Vorstellungen.
Nachm. 4 Uhr. Abends 8 Uhr.
In der Radmittags-Vorstellung zahlen Kinder auf allen Plätzen halbe Preise.

WINTERGARTEN
Neues Programm.
Otto Reutter.
Das Liserl vom Schillersee.
The Eriks, Akrobaten.
La Wima, Sandmalerin.
Woodbee Wonders, komische Akrobaten.
O'Neil und Torp, amerikanische Excentrics.
Leslie Bros, musikalische Excentrics.
La belle Davies mit 2 Negerjungen.
The Hartleys, Springer.
The Heers, Drahtseilkünstler.
Mlle. Lo, lebende Bilder.
Roman Nislet, Kunstradfahrer.
Biograph, Serienbilder.

Zirkus Henry.
Heute Mittwoch, den 17. Mai cr.,
Zwei große Vorstellungen
4 Uhr nachmittags:
Familien-Matinee
bei bekannten ermäßigten Preisen.
(Erwachsene zahlen die halben Abendpreise, Kinder und Kinder von der Hälfte nach Ermäßigung.)
Abends 8 1/2 Uhr:
Sonabend für Direktor Henry, besonders Sport-Programm. 30 Piccen.

Etablissement Buggenhagen
Horitzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
Der große Naturgarten ist geöffnet.
Täglich:
Streich-Konzert.
Ricardo Muncz.

Reichshallen.
Stettiner Sänger.
Unsere süßen Dienstmädel. Buxiele von Westf.
Anf. Sonntag, 8 Uhr.
Montag, 7 Uhr.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Saupt-Bureau: Engel-Her 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.
Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Sonntag, den 21. Mai 1905: Wahl von 33 Delegierten zum Verbandstag in Leipzig.

- Gewählt wird in folgenden Lokalen:
1. Raabes Salon, Kolbergstr. 23. Wahlleiter Menz.
 2. Bernhard Koffe-Theater, Raditz. 58. Wahlleiter Wogener.
 3. Bernards Feistsale, Schwedterstr. 23. Wahlleiter Denk.
 4. Boeters Feistsale, Weberstr. 17. Wahlleiter Buss.
 5. Braumanns Feistsale, Kammstr. 27. Wahlleiter Gunther, Liesack.
 6. Zibel, Nixdorf, Bergstr. 152. Wahlleiter Schneller.
 7. Kumpfe, Bälowitz. 59. Wahlleiter Ficus.
 8. Kronenbrauerei, Alt-Neubau 47/48. Wahlleiter Hartmann.
 9. Wolfshaus Charlottenburg, Hofenstr. 3. Wahlleiter Wuschick.
 10. Steglitz, Schellhase, Wilmstr. 15a. Wahlleiter Loos.
 11. Böhle, Spandau, Kammstr. 5. Wahlleiter Wücke.
 12. Oberhörschweide, Reinhold, Wilhelmshofstraße 18. Wahlleiter Ballach.
 13. Kummelsburg, Tempel, Alt-Borghagen 56. Wahlleiter Brühl.
 14. Köpnick, Delling, Schönebergstr. 5. Wahlleiter Güthe.
 15. Reinickendorf, Muster, Berlinstr. 29. Wahlleiter Püschel.
 16. Weihenstephan, Schum, Köpenickerstr. 28. Wahlleiter Frhm.
- Zentralwahlbureau bei Engel-Her 15. Obmann des Gesamtwahlkomitees ist der Kollege Hermann Henning. Die Stimmzettel werden an den Eingängen zu den Wahllokalen verteilt. Die Stimmzettel werden an den Eingängen zu den Wahllokalen verteilt. Die Stimmzettel werden an den Eingängen zu den Wahllokalen verteilt.
- Die Wahlzeit ist von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 2 Uhr.
- Die Branchen-Versammlung für die Elektromonteur fällt in diesem Monat aus. Die Ortsverwaltung.

Fliesenleger.

Freitag, den 19. Mai cr., abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Her 15 (Saal VII):
Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung der Sektion der Fliesenleger des Zentral-Verbandes der Maurer.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Dr. Zadek.
2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Sektionsvorsitzende, S. A. F. Brelake.

Zentral-Verband der Töpfer Deutschlands.

Filiale Berlin.
Donnerstag, den 18. Mai 1905, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Her 15, Saal VII:
Sitzung der Bau-Vertrauensmänner.
Es sind wichtige Angelegenheiten zu erledigen, daher muß jeder Bau vertreten sein.
195/19

Tapezierer!

Mittwoch, den 17. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Wendt, Dönhofstr. 20:
Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Schriftleiters Herrn Adolf Stern: Haben wir das Recht, an dem Gottesdienst teilzunehmen? 2. Diskussion. 3. Verhandlungsgegenstände (Kratzgerlach).
Pünktliches Erscheinen ist es, zu erwünschen.
Die Verbandsleitung.

Zentral-Verein der Bildhauer Deutschlands.

Verwaltung Berlin.
Donnerstag, den 18. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Geschäftsliches. — 2. Bericht über unsere Vereinsverhandlungen. — 3. Verschiedenes.
Der Vorstand.

8. Ziehung 5. Klasse 212. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 16. Mai 1905, nachmittags.
Nur Gewinne über 240 Mk. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

39 71 202 20 320 451 578 619 47 97 879 915 1079	112055 89 179 389 957 767 11331 26 424 1500 28
[3000] 85 114 15 32 65 [500] 320 466 898 507 87 82 738	499 583 785 116928 [500] 169 72 94 214 [500] 30 43
57 888 2116 4300 [500] 211 092 738 986 3031 93 247	85 538 [3000] 91 878 95 116072 318 592 956 64 81
[1000] 364 74 432 77 583 815 39 46 58 82 017 35 4164	117190 245 329 [1000] 823 [3000] 118036 [3000] 251
271 334 442 [3000] 803 938 5963 131 43 214 89 531 45	351 492 57 613 42 50 78 730 35 71 818 929 119000 96
[500] 648 803 947 57 6029 188 435 576 769 94 [3000]	[5000] 445 435 77 826 [3000] 47 [3000]
839 7009 [5000] 539 633 887 8025 21 286 87 329 556	120310 46 [500] 418 24 654 700 47 121107 75
64 701 65 812 23 [500] 958 [5000] 9030 129 626	98 398 514 647 [5000] 709 [3000] 57 900 123069 133
1027 190 215 28 62 305 401 523 1500 39 702 961	451 591 768 912 89 [5000] 123031 189 219 53 433
11297 324 443 50 503 60 610 40 63 715 896 973 77 [500]	434 843 68 988 124021 26 48 [500] 99 105 [3000]
12043 67 148 90 301 800 63 639 777 921 54 13007 328	812 69 905 22 99 125013 [1000] 41 49 58 383 405
56 490 [500] 238 512 851 14045 230 306 14 582 665	[1000] 530 623 782 809 71 91 [1000] 126411 [15 000]
85 726 43 15069 71 236 369 284 885 92 924 16 031	549 686 800 127168 [1000] 72 89 212 471 [500] 669
18 23 62 200 18 374 96 404 91 478 713 37 821 42 17130	71 873 128406 818 [3000] 129194 219 [3000] 45
412 59 547 75 [500] 92 786 821 987 18157 43 348 769	412 17 537 674 883 40 71 927
58 738 66 849 87 20128 [3000] 282 426 39 575 512 91	130125 26 460 47 661 [1000] 884 988 131189
674 62 812 91 [500] 79	211 418 25 44 97 501 82 691 132024 58 [500] 187
20368 56 [500] 593 730 800 79 96 966 7 21038	[500] 291 361 97 496 610 726 934 133087 198 308
109 73 300 505 622 719 [500] 58 973 83 22083 [3000]	[3000] 40 607 999 134014 428 500 48 610 27 715 819
215 25 626 764 829 193 [500] 23102 60 318 453 658	[3000] 99 916 135034 113 691 727 35 922 134600
91 623 50 963 94 38 24002 138 359 76 305 31 65 739	108 210 38 543 651 762 894 137075 89 [1000] 137
981 25140 85 33 229 70 415 61 88 619 15 [500] 830	271 83 87 331 41 23 47 549 997 138002 [3000] 25
26015 150 255 943 74 [500] 27108 366 478 609 12 785	[1000] 109 54 206 19 [500] 95 352 [1000] 442 641 74 741
509 74 28041 264 536 [3000] 34 [500] 468 571 611 49	876 84 139031 174 502 645 71 [500] 863
58 738 66 849 87 20128 [3000] 282 426 39 575 512 91	140295 440 48 654 778 901 141085 87 [1000]
674 62 812 91 [500] 79	452 69 634 51 702 91 142087 75 [10 000] 85 188
30283 318 403 10 88 688 85 797 820 84 966 31125	699 [500] 70 286 586 666 831 143021 90 [3000] 290
232 40 346 52 58 638 662 820 949 [5000] 32020	527 49 713 835 911 30 75 [500] 144134 81 261 329
[1000] 145 252 312 422 538 81 863 810 [500] 33624 118	965 62 68 707 76 960 145123 282 83 469 577 87 637
288 52 397 463 82 508 [500] 734 824 64 [500] 80 979	[500] 64 70 911 146026 108 209 66 381 38 420 41 80
34171 216 329 421 88 595 [3000] 783 53081 67 [1000]	742 [500] 846 69 919 147014 179 306 465 594 713 80
126 219 25 477 610 835 36069 [1000] 172 84 228 37	82 [500] 823 911 67 148128 [1000] 40 80 [500] 321
575 718 896 915 37429 34 659 683 743 97 999	37 54 401 14 [1000] 633 647 [3000] 781 802 28 62
38115 212 67 [500] 373 439 641 019 56 783 960 39061	140149 324 535 628
199 598 600 717 89 520 97	150022 112 [1000] 20 317 49 419 46 71 505 [500]
40151 257 423 95 847 84 41227 35 80 486 98	689 721 826 42 924 151026 84 173 87 269 382 410
[3000] 833 640 861 42088 211 704 829 924 28 43050	682 729 35 40 152107 [500] 405 613 710 [1000]
119 202 93 352 512 [500] 92 672 735 37 839 63 81 901	329 78 153180 213 91 480 674 913 51 154375 29
94 102 [500] 44220 20 [1000] 92 391 532 639 [500]	494 155123 251 317 457 48 [500] 584 85 625 813
40 877 45121 394 477 732 815 71 46079 [500] 117 306	156233 290 157057 407 67 582 692 810 34 158284
56 70 152 529 657 734 86 386 48 47384 576 620 23	469 83 512 685 745 855 159059 237 47 379 664 [1000]
242 57 89 892 893 48088 171 231 30 569 611 [500] 78	707 13 871
737 878 949 [500] 42924 429 51 582 719 76 85 835	160042 119 225 37 [3000] 63 420 516 62 610 80
50012 176 328 42 690 [500] 705 71 894 [3000] 94	843 55 [1000] 161102 238 328 73 [3000] 815 668
983 51157 227 540 630 783 881 917 52017 [500]	805 91 999 80 162240 [500] 308 94 437 97 821 70
301 580 31 240 88 53296 42 [500] 388 513 [3000] 81	163456 85 189 234 45 [3000] 89 316 18 64 447 [1000]
677 905 [1000] 87 54088 83 288 381 92 436 99 516 31	051 95 789 843 67 164083 108 219 50 84 390 414 501
98 99 55119 389 418 43 55 621 60 665 736 62 56825	3 66 766 800 26 165033 179 340 423 35 [1000] 69
65 [3000] 115 19 483 [3000] 91 97 [500] 583 748 985	84 568 90 605 715 880 900 166128 [500] 353 592
59182 221 486 969 60 75 96 58133 209 609 947	680 765 968 [3000] 167097 74 107 281 630 783 921
57185 221 81 348 72 428 47 602 64 758 951	[1000] 168277 378 432 670 758 822 32 900 189003
60077 75 484 644 76 184 271 754 866 70 95 61821	178 282 322 40 767 932
22 679 97 62001 84 188 283 457 [500] 67 550 621	170079 130 49 86 340 678 815 73 171150 270
96 900 [3000] 63096 46 [3000] 148 60 268 378 85 484	305 75 469 70 73 82 506 674 888 172226 480 551 676
[500] 578 624 828 32 629 69 64008 288 303 324 [500]	741 973 [500] 173091 131 86 995 63 240 [500] 85
645 758 [1000] 875 925 65038 811 242 79 301 546 613	84 446 80 540 52 [500] 628 85 718 906 7 21 939 174125
821 980 [1000] 64108 276 225 449 542 681 748 67036	242 48 428 521 896 900 175087 268 922 700 176096
481 [1000] 515 632 707 28 84 882 881 68023 102 280	[5000] 207 57 501 624 751 55 177013 276 368 511
517 72 684 702 52 903 69163 286 [500] 70 423 [1000]	66 837 765 50 842 178106 [1000] 286 373 532 634 49
502 9 62 74 94	67 179107 365 [500] 407 500 42 625
70315 568 833 71104 [1000] 204 57 30 390 406	180067 101 [1000] 37 46 244 428 688 80 701 40 47
50 67 599 647 49 700 68 896 99 916 73 72010 57 265	804 929 181056 281 327 516 96 894 888 182606
[500] 308 [500] 503 14 680 759 848 92 73077 [500]	215 500 808 818 86 953 60 183111 490 675 727 69 885
611 25 895 174286 416 717 810 12 35 75331 44 92	908 38 65 184068 [1000] 177 87 276 443 644 649
927 76100 11 47 80 91 290 887 622 78 522 [3000] 47	880 87 [500] 185211 450 92 616 78 792 [500] 829
90 77242 430 906 [500] 47 905 [1000] 18 78122	[500] 72 81 [500] 920 186270 376 491 385 718 62
206 974 471 508 884 701 [1000] 900 94 79245 67 81	821 38 82 187078 98 125 214 43 [1000] 86 477 83
316 33 83 421 [1000] 72 598 634 728 88 [1000] 800	188200 665 781 810 [1000] 31 43 189054 350 456
55 894	815 34
80078 332 61 66 467 919 [500] 81213 408 659	190132 47 55 364 448 60 97 508 921 70 82 191034
[1000] 226 [500] 811 82188 243 341 67 [5000] 626 75	418 528 618 88 790 83 192035 122 32 260 408 500
904 730 835 [500] 83189 [1000] 343 [1000] 98 407 41	[1000] 22 38 611 193086 285 380 87 [500] 419 56
57 97 529 895 [1000] 943 63 [500] 84097 287 346 472	[1000] 715 38 62 850 63 89 91 194066 [3000] 199
[3000] 688 94 719 54 819 [500] 68 71 [3000] 85006 68	433 589 98 640 716 195016 [500] 17 61 [500] 56
242 68 439 40 541 001 782 89 883 983 [500] 96 86154	145 289 472 717 14 86 196005 188 201 313 444 628
209 387 422 [500] 44 81 642 55 502 87190 288 525	[500] 68 718 [500] 949 [3000] 197000 108 63 460
653 843 900 92 88333 65 86 444 76 90 862 70 83 695	[500] 82 207 [1000] 23 826 31 612 [3000] 198001
[1000] 98 735 97 815 [500] 90 89018 [3000] 76 101	[500] 186 227 307 [1000] 11 43 76 500 699 [1000] 711
2 50 331 34 675 623 975 83 [500]	[3000] 939 63 199000 128 226 31 324 93 662 [800]
90057 297 303 80 401 37 [500] 577 [500] 967	740 87
91969 293 83 361 407 99 [3000] 607 714 90 811 986	200310 688 734 932 201902 434 869 [500] 903
[1000] 92046 119 212 416 78 627 30 369 93129 497	97 550 662 749 890 203000 130 79 85 385 403 588 725
35 76 277 99 312 424 721 94028 32 35 101 253 395 493	96 [1000] 861 80 204097 99 554 713 46 205000
900 [3000] 95020 [3000] 40 294 359 430 79 017 804	45 83 695 876 950 206136 328 438 894 741 45 913
33 827 47 [3000] 79 96304 [500] 90 244 65 463 75 549	207080 190 277 608 940 53 208019 [5000] 109 327
264 964 78 [500] 97 97096 164 308 [1000] 553 714 947	382 401 24 744 910 209015 122 124 312 436 542 616
99 99468 66 89 190 297 440 47 620 802 989 9172	210002 [1000] 286 367 620 [1000] 95 713 25 70
430 48 639 [500] 788 80 804 898	74 [500] 890 972 [3000] 211089 149 [5000] 80 207 8
100280 392 320 731 101079 317 44 586 639 79	90 362 54 68 418 61 72 582 634 720 71 [5000] 808 [500]
787 841 90 1979 102686 126 290 92 448 567 [500]	90 362 54 68 418 61 72 582 634 720 71 [5000] 808 [500]
79 711 [500] 879 [3000] 936 163031 68 84 233 306	148 91 215 30 385 460 516 18 661 762 [3000] 880 96
49 459 500 97 740 90 99 890 78 998 [5000] 104000 80	172 214088 230 375 800 215177 230 384 [500] 421
49 158 63 68 290 316 24 50 446 672 708 [3000] 812 963	680 [1000] 64 92 629 736 216182 319 30 427 29 689
[5000] 181 305 [500] 780 833 64 983 106217 585 611	[500] 65 84 834 217007 [500] 86 174 706 [3000] 867
[1000] 17 32 48 927 107090 6 215 337 46 751 831	[3000] 71 [10 000] 921 35 216979 80 122 235 96
45 943 108044 229 330 65 261 645 804 35 908 81	[500] 39 654 886 219335 64 667 973 [1000] 97
[109255 244 [1000] 46 474 788 99 900	220122 75 212 87 419 825 222108 108 286 357
110152 274 380 432 544 [3000] 603 5 735 [500]	[1000] 79 850 937 222150 90 330 471 721 803 91
43 95 111059 265 013 702 69 [500] 809 69 [15 000]	932 226622 36 948 [500] 61

Genossinnen! Genossen!

Am Mittwoch, den 17. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale von Bughenhagen, am Moritzplatz:

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Welches Interesse haben die Frauen an dem wirtschaftlichen und politischen Kampf?
Referent: Reichstags-Abgeordneter **Schöpflin.**
2. Diskussion.
Zahlreiches Besuch, namentlich der Frauen, erwartet

Die Vertrauensperson.

Berliner Nachrichten.

Zur Umgestaltung unserer kommunalen Waisenspflege.

„Anstalt oder Familie, Waisenhäuser oder Kostpflüge“ — wer ist fahrberechtigter, über diese Frage mitzureden? Nur die Verwaltungsgelute, die am grünen Tisch sitzen und ihre Akten studieren? Oder nur die Lehrer und Erzieher, die im Waisenhause tätig sind, und die Pflegerinnen, denen man Waisen als Kostkinder anvertraut? Soll man nicht auch die Waisen selber anhören, wenn sie uns vortragen, wie sie's am eigenen Leibe, an der eigenen Seele erprobt haben? Die bei den Kommunalbehörden Berlins besitzende Absicht, dem Berliner Waisenhause zu Kummelsburg allmählich den Charakter einer eigentlichen Erziehungsanstalt zu nehmen, hat den „Friedrichs-Verein“, die Vereinigung ehemaliger Höglinge dieser Anstalt, schon seit längerer Zeit mit wachsender Besorgnis erfüllt. Vor Jahresfrist hat der Verein in öffentlicher Versammlung Einspruch hiergegen erhoben. Nachdem er inzwischen Gelegenheit gehabt hat, das weitere Meinen des Planes zu beobachten, hat er in seiner letzten Sitzung den Protest vom vorigen Jahre in kräftigerer Form erneuert.

Die Verhandlungen wurden eingeleitet durch einen informierenden Vortrag unserer Genossen Stadtverordneten Dr. Bernstein, der als Mitglied der Waiserverwaltung manchen Blick hinter die Kulissen hat tun können. Bernstein zeigte, daß die Waisen in der Kostpflege und besonders bei den Bauern oft sehr schlecht aufgehoben sind. Der Kostpfluge sei die Anstalt schon jetzt bei weitem überlegen. Die Erziehungsergebnisse des Berliner Waisenhauses zu Kummelsburg seien gut, aber sie könnten durch eine verbesserte Pädagogik noch gesteigert werden, wie ja auch die einst so berühmte Anstalts-erziehung der Waisenfürsorge in Folge verbesserter Hygiene mit besseren Erfolge arbeite. Liebiglich aus unangebrachter Sparsamkeit wolle man jetzt die Kummelsburger Anstalt teils zu einem Waisenzuhause mit Säuglingsheim umgestalten, teils zu einer bloßen Durchgangsanstalt für vorübergehend unterzubringende Waisen. In der sehr regen Aussprache, die sich an den Vortrag anschloß, trugen ehemalige Waisenzöglinge die Erfahrungen vor, die sie zeitweise in der Kummelsburger Anstalt und zeitweise in der „vielgepriesenen“ Kostpflege gemacht haben. Wir hörten da neben manchem Wort dankbarer Erinnerung manchen bitteren Vorwurf und manche leidenschaftliche Anklage. Zugunsten der Kostpflege wird von ihren Lobrednern oft angeführt, daß sie dem Kind die Familie wiedergebe. Die Sache liegt genau umgekehrt: gewöhnlich wird das Kind durch Unterbringung in der Kostpflege noch des letzten Zusammenhanges mit der eigenen Familie beraubt. Geschwister gibt man fast nie in ein und dieselbe Pflege, weil man nicht gern einer Familie mehr als ein Waisenkind anvertraut. In der Anstalt könnten sie neben einander untergebracht werden — in der Kostpflege müssen sie von einander gerissen werden. Bernstein hatte hierauf hingewiesen, und in der Besprechung wurden die traurigen Beispiele geliefert. Brüder hatten sich viele Jahre hindurch nicht gesehen, hatten nicht einmal gewußt, wo der andere war. Ein Nebner versicherte sogar, erst nach Jahren als heranwachsender Junge erfahren zu haben, daß noch irgendwo ein Bruder von ihm stehe.

Das Ergebnis der Verhandlungen war eine Resolution, die aus Gründen der Hygiene, der Pädagogik und der Humanität Protest erhebt gegen die weitere Einschränkung der Anstalts-erziehung und mindestens die Wiederherstellung des früheren Zustandes fordert. Anstalts-erziehung sei das allein richtige Prinzip. Aus eigener Erfahrung sei den ehemaligen Waisenzöglingen bekannt, daß in der Kostpflege oft nur Eigennutz die Pflegerinnen leite. Die Behauptung des Magistrats, daß die Anstalt unelbständige Charaktere erziehe, sei unzutreffend. Wolle der Magistrat statistisches Material über Führung und späteres Fortkommen der Waisen beibringen, so werde sich zeigen, daß die Anstalt besseres als die Kostpflege leiste. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Einmütig billigten die Anstalts-erziehung alle Anwesenden: von den jungen Leuten, die erst vor wenigen Jahren aus dem Kummelsburger Heim in die Welt hinausgetreten sind, bis hinauf zu den graubärrigen Männern, die noch den Umzug des Berliner Waisenhauses nach Kummelsburg vor nun bald einem halben Jahrhundert mitgemacht haben.

Ein Kind auf dem Brettl.

Nachdem Berlin mit achtjährigen Geigenvirtuosen regaliert worden ist und manche Bühnen es für angebracht gehalten haben, im Ballett Kinder auftreten zu lassen, die eben erst gehen konnten, hat das Passage-Theater es einmal mit einer Sourette versucht, die nach dem Programmzettel 4 1/2 Jahre alt ist. Es ist gleichgültig, ob der Geburtsort der jungen Dame mit dieser Angabe harmonisiert, in mehr als einer Hinsicht bleibt es ein Wagnis, ein Kind in so zartem Alter auf die Bretter zu bringen. Oder richtiger gesagt, aufs Brettl, vor ein Publikum von vielseitiger Mischung, das nicht nur auf Claqueurinnen, Tänzerinnen und Akrobaten erpicht ist, sondern nebenher in Tabakqualm und Bierdunst sein Vergnügen sucht. Die kleine Angelika Walter ist ein Mädchen zum Ansehen niedlich; wenn sie mit ihrem Püppchen hervortritt, einen Anz macht und dann ohne Fehler die ihr einstudierten Lieder mit klarer angenehmer Stimme zum besten gibt, dann möchte man vor Begehr weinen. Dies liebliche Geschöpf singt nicht allein in deutscher, sondern auch in französischer Sprache Couplets, die wir beiseite nicht unbillig nennen wollen, für die aber, wenn sie von einem fünfjährigen Kinde vorgetragen werden, nur der Umstand mildernd in Betracht kommen kann, daß ihr Sinn von dem kleinen Wesen nicht einmal geahnt, geschweige denn verstanden wird. Ein Kind soll heilig sein, und daher berührt es peinlich und verletzt die Menschewürde, wenn ihm Dinge zum öffentlichen Vortrag eingetrichtert werden, über die nur ein Erwachsener reden sollte. Nach unserer Ansicht hat die Direktion des Passage-Theaters bei dieser Erwerbung keine glückliche Hand gehabt. Das Publikum allerdings dachte anders. Es lachte unerbittlich, wenn das Kind allmählich von Fensterpromenaden und verunglückten Liebeswerbungen sang, klatschte nach Schluß jedes Vortrages wie toll und konnte von der neuen „Kleinart“ nicht genug bekommen. Von ausgebildetem Geschmack zengt der Applaus gerade nicht; aber man kann von dem Publikum eines Variété-Theaters ja wohl auch keine höhere ästhetische Bildung verlangen und wiederum von der Leitung eines solchen Instituts nicht, daß sie die Bühne zur „moralischen Anstalt“ herichte. Wo wir einmal dabei sind, uns mit Geschmacklosigkeiten in unseren Vergnügungsinstituten zu befassen, wollen wir auch auf eine Reueung im Jirkus hinweisen. Dort ist man u. a. dahin gekommen, einen insolge von englischer Krankheit verkrüppelten Menschen als „August“ auftreten zu lassen; auch treten im Jirkus nicht allein Damen vom Ballett, sondern auch schnalssichtige Anaben als Clowns auf. Es gehört keine Mimosenatur dazu, um auch solche Abrichtungen widerwärtig zu finden. Wir würden derartige Ausbreitungen nicht erleben, wenn die Leiter der erwähnten Vergnügungsinstituten nicht wüßten, daß die größere Hälfte ihres Publikums Gefallen daran findet, die kleinere Hälfte aber zu zurückhaltend ist, um solche Darbietungen deutlich abzulehnen.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Verkehrsdeputation unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirchner wurde von dem Beschluß des Kammergerichts betreffend die Verhaftung des Streikwertes in der Feststellungsklage der Stadtgemeinde wider die Große Berliner Straßenbahn sowie von der Beschwerde des Oberstaatsanwalts gegen diesen Beschluß Mitteilung gemacht. Die Deputation beschloß sich dann mit einem Antrage des Vereins Berliner Reishändler wegen Errichtung von Vorräten als Reihspischer. Da der städtischen Deputation zurecht ein Antrag

wegen Errichtung von Schuppen am Humboldthafen vorliegt, wurde von einer Beschlußfassung vorläufig noch abgesehen. Die Untergrundbahngesellschaft beabsichtigt die Verfertigung einer zweigleisigen Straßenbahn in der Trepptower Dorfstraße und Neuen Krug-Allee im Anschluß an die sogenannte Spreetunnelbahn zur Verbindung des Schlesischen Bahnhofes mit Trepptow bzw. Nieder-Schöneweide etc. Die Verkehrsdeputation genehmigte gestern die Vertragsbestimmungen wegen der Herstellung dieser Bahn. — Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat den Magistrat ersucht, zur Entlastung des Potsdamer Platzes bei der Planfestsetzung für die Fortführung der Untergrundbahn auf die Herstellung eines Fußgängerumfanges unter dem Potsdamer Platz bedacht zu nehmen. Die Tiefbau-Deputation hat sich bereits mit diesem Entschluß beschäftigt. Bei der Beratung dieses Planes wurde von mehreren Seiten hervorgehoben, daß mit der Anlage eines solchen Umfanges die Verkehrsverhältnisse nicht beseitigt werden können, da das Publikum Brücken und Tunnel ungern benutze. Wegen der Uebernahme der im § 3 des Gesetzes vom 1. April d. J. für den Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin geforderten Garantien durch die Stadt Berlin wurde beschlossen, dem Magistrat die Annahme des Vertragsentwurfs zwischen Fiskus und Stadtgemeinde zu empfehlen. Zum Schluß der Sitzung wurde noch ein Antrag der Akkumulatorenfabrik Aktiengesellschaft wegen Ueberweisung einer Anlage an den Urbanhafen zur Anstellung von Versuchen mit einer elektrischen Entladevorrichtung für Mauersteine beraten und genehmigt.

Eine Abordnung des Pariser Gemeinderats unter Führung des Generalrats Roussel und des Inspektors General des Ponts et Chaussées Léon Voreux war in diesen Tagen in Berlin, um besonders die großen Etablissements der Berliner Elektrizitätswerke sowie die Fortschritte auf dem Gebiete der Elektrizität kennen zu lernen. Die Abordnung wurde im Rathaus vom Oberbürgermeister Kirchner empfangen und hat dann verschiedene städtische Einrichtungen unter fachverständiger Leitung mit großem Interesse besichtigt. Unter Führung des Stadielektrikers Dr. Kallmann und des Geheimen Rat Dr. Rathenau wurden mehrere Elektrizitätswerke besucht.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 18. Mai d. J., nachmittags 5 Uhr. Vorschläge des Ausschusses für die Wahlen von unbesoldeten Gemeindevorständen. — Vorträge betreffend die von der Versammlung durch eventuelle Wiederaufnahme der Verhandlungen zu verfolgenden sowie derjenigen Angelegenheiten, in welchen die Versammlung einer Vorlage des Magistrats entgegensteht. — die erfolgte Bauabnahme der neuen Schweinefleischhäuser B I I und B I G. — die Verlängerung des Vertrages mit dem Gouvernement des Invalidenhauses wegen Ueberlassung eines Teiles des Invalidenparks an die Stadt. — die Erwerbung eines Schulgrundstücks an der Christburgerstraße. — die Dedung von Kesselfloßen aus der Herstellung der Entwässerungsanlagen im Tiergarten. — die Verwendung der Erträge der Friedrich-Wilhelm-Stiftung zur Förderung des deutschen Kunstgewerbes für 1904. — den Verkauf einer an der Trepptower Chaussee in Trepptow belegenen Parzelle, die Festlegung von neuen Fußgängerlinien für den südlichen Teil der Brombergerstraße. — die Enteignung des zur Regulierung der Unionstraße zwischen Birken- und Siemensstraße erforderlichen Geländes. — den Verkauf von Straßenland in der Gormannstraße vor den Grundstücken 25 und 26. — die Festlegung einer Flußlinie auf der Südseite der Straße „Hinter dem Viehhause“, vor dem Grundstück Nr. 1 in der Straße „Am Zeughauser“ und den Erwerb der zur Verbreiterung der Straße erforderlichen Plätze — und die Errichtung von Hafens, Bahn- und Speicheranlagen am Straßauer Anger. — Berichterstattung betreffend die Wahl eines stellvertretenden bürgerlichen Mitgliedes der Erlasskommission 6. — Vorträge betreffend die Gewährung einer Beihilfe zu dem Ruhegehalt einer ehemaligen Fachlehrerin, und die Neuwahl je eines zweiten stellvertretenden bürgerlichen Mitgliedes der Hilfs-Obererlasskommissionen 1 und 2.

Einen kostenlosen Arbeitsnachweis für weibliches Dienstpersonal will eine Anzahl Damen und Herren, die sich unter Vorsitz des Herrn Dr. Freund gestern in den Räumen des Zentralvereins für Arbeitsnachweis versammelt hatten, für Berlin einrichten. Der Jahresbeitrag soll sich auf 4 Mark, die Vermittlungsgebühr für „Herrschaften“ auf 1 Mark stellen. Es haben sich 700 Mitglieder gemeldet, 1000 sind jedoch für den Bestand des Arbeitsnachweises notwendig. In der Versammlung wurde das übliche Loblied auf das Glück gesungen, das in Berlin die Dienstmädchen genießen; der uns vorliegende Bericht enthält jedoch kein Wort gegen die Gefindesordnung. Daß der Verein sich gegen die Mißhandlungen der gewerkschaftlichen Stellensammler wendet, ist zu verstehen; ob die Erneuerung Erfolg haben wird, ist zu bezweifeln, wenn man bedenkt, daß in einigen Vororten Berlins die behördlichen Vermittlungsstellen nur ein sehr bescheidenes Dasein fristen.

Wegen des „Simplicissimus“ ist wegen des bekannten „Lizentiaten-Gedichts“, das der Abgeordnete Lattmann kürzlich im Reichstage zur Verlesung brachte, von dem Evangelischen Oberkirchenrat die Verleumdungsklage eingeleitet worden. Dabei soll sich auch ergeben, gegen wen sich der Angriff des Blattes eigentlich richtet. Es wird von verschiedenen Seiten behauptet, daß nicht Lizentiat Weber, der auf dem Kölner Sittlichkeitskongreß als Redner auftrat, damit gemeint sei, sondern daß vielmehr der Lizentiat Bohn, der sich ebenfalls in der Sittlichkeitsbewegung hervorgetan hat, damit getroffen werden soll. Die Klage ist wegen Schmähung eines Geistlichen angestrengt worden.

Freiwilligen in den städtischen Heimstätten für Genußende. Der Stadtgemeinde Berlin ist im Jahre 1892 von Herrn Dr. jur. Schöber ein Betrag von 100 000 Mark zur Begründung einer Stiftung unter dem Namen „August-Emilie-Schöber-Stiftung“ überwiesen worden. Der Zweck dieser Stiftung ist, aus dem Zinsestragnissen des Kapitals bedürftigen Personen beiderlei Geschlechts ohne Ansehung der Religion Freiwilligen in den städtischen Heimstätten für Genußende zu beschaffen. Personen, welche auf die Wohlthaten dieser Stiftung reflektieren, haben ihre Gesuche an das Bureau der städtischen Heimstätten für Genußende, Neue Friedrichstraße 9-10, 2 Treppen, unter Beifügung eines ärztlichen Attestes über ihren Gesundheitszustand nach einem bestimmten Formular, das in dem Bureau kostenfrei verabfolgt wird, zu richten oder doch mündlich anzubringen.

Die städtischen Heimstätten für Genußende verfolgen den Zweck, Personen, die eine Krankheit überstanden haben, auf einige Wochen zur Pflege und zur Wiederherstellung ihrer Erwerbsfähigkeit aufzunehmen. Der Aufenthalt in den Heimstätten ist also nur vorübergehend. Rare Gebührensleistungen aus der genannten Stiftung werden nicht gewährt.

Die 31. Moskolexposition ist gestern auf dem mit Bahnen reich gesäumten Zentralviehhof der Stadt Berlin eröffnet worden. Die Ausstellung ist diesmal nur von 169 Ausstellern besetzt gegen 200 im Vorjahre und gegen 172 vor zwei Jahren. Es sind in 961 Anmeldungen 1215 Tiere ausgestellt gegen 1365 bezw. 1435 in den beiden Vorjahren.

Keine Paketbestellung an Sonntagen. Zur Förderung der Sonntagsgüter wird von Sonntag, den 18. Juni, ab innerhalb des Oberpostdirektionsbezirks Berlin an den Sonn- und Feiertagen — abgesehen vom Weihnacht-, Osters- und Pfingstverkehr — und von den durch Eilboten zu bestellenden Paketen — eine Bestellung von Paketen nicht mehr stattfinden.

Ein frecher Schwindel ist gestern in einem hiesigen Tuch-Engros-Geschäft verübt worden. Die Firma erhielt Montag eine Auszahlung von 84 Stück Cheviots- und Hammgarntoffen in karierten Mustern zugesandt, die gestern wieder abgeholt werden sollten. Es erschien denn auch ein junger Mann und zeigte einen Abholungs-

schein mit dem Vordruck der Firma vor, auf welchen hin ihm die Waare unbedenklich ausgeliefert wurde. Im Laufe des Tages stellte sich jedoch heraus, daß der Schein gefälscht war; die Stoffe wägen einen Wert von 5000 Mark haben, konnten bis zum Abend nicht ermittelt werden. Der Betrüger ist etwa 22 Jahre alt, 1,68 Meter groß und trägt blondes Haar. Bekleidet war er mit einem schmutzigen grauen Jackett. Auf die Ermittlung der Waren geht die Firma eine Belohnung von 100 Mark aus; wer in der Angelegenheit etwas mitzuteilen weiß, wird gebeten, sich an das Polizeipräsidium zu wenden. Bemerk sei noch, daß die Waare auf einem grünen Handwagen von der Kronenstraße aus weggeschafft worden ist.

Die Betriebsleitung der Berliner elektrischen Straßenbahnen Aktiengesellschaft teilt mit, daß Sonnabend die Abnahme der letzten Strecke Bismarckplatz-Platanenstraße in Nieder-Schönhausen der Straßenbahn-Abzweigung Panlow-Nieder-Schönhausen erfolgt und daß nunmehr die ganze Abzweigung dem regelmäßigen Betriebe übergeben worden ist. Es verkehren jetzt von der Mittelstraße, Ecke der Friedrichstraße, Straßenbahnhalte alle 10 Minuten nach Panlow, Endhaltestelle Mendelstraße, sowie alle 10 Minuten nach Nieder-Schönhausen, Haltestelle Bismarckplatz; jeder zweite Wagen dieser letzteren Linie wird bis zur Endhaltestelle Platanenstraße in Nieder-Schönhausen durchgeführt. An Sonn- und Festtagen, sowie an Tagen starken Verkehrs, werden Sonderzüge gefahren und zwar von der Gartenstraße, Ecke Invalidenstrasse, von der Hufitenstraße, Ecke Scheringstraße, und von der Krutzen-Allee, Ecke Badstraße, bis zur Kirche in Panlow bezw. nach dem Bismarckplatz in Nieder-Schönhausen.

Gegen zwei Wetturen ist die Kriminalpolizei gestern eingegriffen. Es handelt sich die Sportbörsen Friedrichstraße 174 und Panoramast. 1. Am Nachmittag erschienen Kriminalbeamte in diesen Geschäften und beschlagnahmten die Bücher und Geschäftspapiere.

Ueber eine Versammlungsausschussung in Scharnberg wird in bürgerlichen Blättern berichtet: Eine Versammlung von russischen „Revolutionären“ fand Montag abend in der Wirtschaft des sozialdemokratischen Scharnberger Stadtverordneten Ost an der Ecke der Weininger- und Martin Lutherstraße statt. Es fanden sich etwa dreihundert Personen ein, darunter auch zahlreiche russische Studenten. Die Polizei erhielt Kenntnis davon, daß in der Versammlung politische Reden gehalten wurden. Der Vorsteher des zuständigen Reviere löste sie daher auf, weil die Versammlung nicht angemeldet war. — Nach unserer Information handelte es sich um eine in jeder Hinsicht harmlose Zusammenkunft.

Ein tragisches Ende. Selbstmord verübte Montag vormittag der 21jährige Schlosser Karl Schläpke, der in der Langenstraße bei seiner Mutter wohnte, durch einen Revolverbeschuss in die Brust. Er war Verleger der Zeitung „Der Anarchist“. Wieder singend, hatte er sich in seinem Zimmer eingeschlossen. Bald darauf hörte die im Nebenzimmer wohnende Mutter einen Schuß. Ein Schlosser öffnete die Tür und man fand den jungen Mann auf seinem Bette liegend mit einer Schußwunde im Herzen tot vor. In einem offenen Briefe an seine Mutter gibt er Rührungsvorgänge als Ursache zum Selbstmord an, fügt aber gleichzeitig hinzu, sie möge das nur annehmen, der wirkliche Grund interessiere sie ja doch nicht, da sie ihn nie verstanden hätte.

Mit dem Dolch. Der 19 Jahre alte Arbeiter Max Schneider, der in der Tresdorfstraße 14 in Schloßstraße wohnt, wurde, wie schon kurz mitgeteilt ist, in der Nacht zum Freitag voriger Woche mit einer schweren Holzwunde bewußtlos vor dem Hause liegend aufgefunden. Sein Befinden, das anfangs sehr bedenklich war, hat sich jetzt gebessert, er konnte aber noch nicht vernommen werden. Andere Ermittlungen ergaben, daß der junge Mann wahrscheinlich in einem nächtlichen Streite zu der Verletzung, die von einem Dolchstich herrührt, gekommen ist. Schneider hatte mit seinem Bruder Georg und dem diesen befreundeten Arbeiter Kollenhagen abends mehrere Gastwirtschaften besucht. Am 11 1/2 Uhr trennte er sich von ihnen und ging nach seiner Wohnung, während die anderen noch in einer Wirtschaft an der Ecke der Franke- und Tresdorfstraße blieben. Bald nach seinem Weggang hörten die Gäste jener Wirtschaft Lärm und Streit und als nun Georg Schneider hinausging, fand er seinen Bruder daliegen. Ein Mädchen, das des Begebenen war, behauptet, daß der Verwundete Streit mit einem jungen Menschen gehabt habe. Diesen hat die Kriminalpolizei noch nicht ermittelt.

Ueber einen Bauunfall wird amtlich gemeldet: Gestern nachmittags 3 Uhr stürzte auf dem Abbruch des einstöckigen Hauses Friedrich-Karl-Str. 2-4 eine Seitenwand plötzlich zusammen, als diese an der Sohle von dem 68 Jahre alten Abbruchunternehmer Otto Rönisch aus Charlottenburg zwecks Umkreuzens unterminiert wurde. Der in gebückter Stellung arbeitende Rönisch wurde von den Steinmassen an der Wirbelsäule und an den Füßen schwer verletzt und teilweise verhäutet. Auf die Hilferufe des auf dem Abbruch allein Beschäftigten eilten ein Schuhmann und ein Postant herbei, die den Verunglückten aus seiner Lage befreiten und ihn in die Charité schafften.

Straßensperrung. Die Scharnberger Brücke wird behufs Umbaus der Straßenbahngleise vom 18. bis 25. d. M. für Fahrwerke und Reiter gesperrt.

Feuerbericht. Dienstag nachmittags kurz nach 4 Uhr wurde ein größeres Löschungsgebot der Feuerwehre infolge mehrmaliger Meldung nach der Wilowstr. 63 gerufen. Dort war im zweiten Stock des Vorderhauses in einer Wohnung Feuer ausgebrochen, das Decken, Möbel etc. ergriffen hatte. Die Flammen konnten mit Leichtigkeit erloscht werden. — Ein zweiter Wohnungsbrand beschäftigte den 20. Löschzug in der Inselstr. 9a. Körbe mit Wäscheutensilien wurden vernichtet. — In der Adalbertstr. 60 brannten dann Verpackungsmaterialien in einem Lagerkeller und in der Prangenstr. 112 Kleider in einer Wäschebrennerei. In beiden Fällen nahm die Ablösung nur kurze Zeit in Anspruch. — Außerdem hatte der 6. Löschzug noch auf der Brandstelle in der Köpenickerstr. 21 zu tun. Er mußte die eingebrungenen Wassermengen auspumpen.

Theater. In der Märchenpöffe „Der arische Strumen“ von Gustav Raeder, die heute Mittwoch, den 17. Mai, im Schiller-Theater O. (Wallner-Theater) zum erstmalig in Szene geht, ist die Besetzung der Hauptrollen folgende: Schall: Annie Tharau, Gräbelen: Leopold Thurner, Balthasar: Alfred Schmajow, Barbara: Fanny Wolff, Abd el Kader: Karl Dapper, Mohammed Ben Bilut: Kurt Keller. — Im königl. Opernhause beginnt Mittwoch Frau Aino Aho von der Großen Oper in Paris ihr Gastspiel als Elia in Wagners „Lohengrin“. Anfang 7 Uhr. — Im Berliner Theater eröffnet Sarah Bernhardt am 23. d. M. ihr auf drei Abende berechnetes Gastspiel als Marguerite Gautier in der „Kameliendame“. Am Mittwoch, 24., tritt die Künstlerin als Phädra auf. — Die Pacht-Sozietät des Deutschen Theaters hat gestern abend eine Sitzung abgehalten und auf Antrag des Herrn Direktor Dr. Paul Lindau die Auflösung der Gesellschaft zum 30. Juni beschlossen. Mit der Durchführung der Liquidation ist Herr Direktor Dr. Paul Lindau betraut worden. Damit ist die formelle Lösung der Pachtvertragsbeziehungen erfolgt. Die Einsetzung einer neuen Direktion wird nunmehr wohl nicht lange auf sich warten lassen. — Neues königliches Operntheater (Stoll). Heute Mittwoch und morgen Donnerstag gastiert die neue Operettendiva des l. l. priv. Kartheaters in Wien, Fräulein Charlotte Frank, in der Partie der Prinzessin in der Operette „Jung-Heidelberg“. Kommenden Sonntag nachmittags 3 Uhr gelangt die komische Operette „Frühlingsluft“ zur Aufführung. — Bolzogen-Oper. Am Donnerstag, den 18. d. Mts., wird der 18. Aufführung der „Wäber von Lucca“, deren

weiltes Finale eine Neugefaltung erfahren hat, die Eröffnung eines einseitigen musikalischen Lustspiels „Kellame“, vorausgehen. — Am Donnerstag, den 18. Mai, gelangt am National-Theater „Die Regimentstochter“ von Danzetti zum erstmaligen Aufführung. — Das Tegernseer Bauernensemble im Carl-Beiß-Theater bringt als letzte Reueinstudierung Anzengrubers „Pferer von Kirchfeld“ und zwar am Mittwoch. Weiter konnte das Gastspiel nicht verlängert werden, da die anderweitigen kontraktlichen Verbindlichkeiten sich nicht verschieben lassen.

Gewerkschaftliches.

Der Verrat in Weiskensfeld

wird jetzt auch in Gewerkschafts-Kreisen zugegeben und getadelt.

Man schreibt uns aus Jena:

Jena, 15. Mai.

Am Sonntag fand in Jena eine öffentliche Versammlung statt, die vom Gewerkschaftsverein der Schuhmacher einberufen war. Auf den Tischen waren Propaganda-Empfänger des in Weiskensfeld erscheinenden Thüringer Gewerkschaftsbotschaften ausgebreitet. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Kollegen Geyer-Weiskensfeld über „Die Weiskensfelder Schuhmacherbewegung“. Der Redner ging nach dem Bericht des „Jenaer Volksblattes“ mit diesen Worten ein, daß die Herren Winter und Kehl den Fabrikanten in die Hände gearbeitet haben; sie brauchten uns in Weiskensfeld die Blamage nicht zu machen. Das Korreferat hielt auf Veranlassung der Verbände der Vorsitzende des Tarifausschusses in Weiskensfeld, Weise, der den Vorwurf des Verrats gegenüber der Gewerkschaftsleitung erneuerte und durch Anführung zahlreicher Tatsachen bekräftigte. In der Diskussion kamen noch einige Vorstandsmitglieder des Ortsverbandes der Gewerkschaft zum Wort, die gleichfalls in die Kritik einmündeten, aber für kluge Kämpfe das gemeinsame Arbeiterinteresse betonen und ausführen, daß man nicht die Mitglieder dafür büßen lassen dürfe, was die Führer gesündigt haben. Dem wurde entgegengehalten, daß die Mitglieder eine andere Behandlung nicht verdienen, wenn sie sich eine solche gefallen lassen. Außerdem griff der antwortende Redakteur des Thüringer Gewerkschaftsbotschaften, Herr Lehner, in die Diskussion ein, fand aber mit seinen Rappporturen kein Echo in der Versammlung. Von Gewerkschaftsseite sprach der Kartellvorsitzende, der vorwiegend die verheerenden, blindlings gegen die Sozialdemokratie wütende Schreiwiese des Thüringer Gewerkschaftsbotschaften charakterisierte. Das Ergebnis der Versammlung kommt in zwei Resolutionen zum Ausdruck, die folgenden Wortlaut haben:

1. Die heutige im Stadthaus tagende öffentliche Gewerkschaftsversammlung verurteilt ganz entschieden das Verhalten des Hauptvorstandes im Weiskensfeld Streik und spricht die Hoffnung aus, daß die nächste Generalversammlung in Posen Remedur schafft.
 2. Die Gewerkschaftsversammlung in Jena kann sich mit dem Inhalt des Thüringer Gewerkschaftsbotschaften nicht einverstanden erklären; sie stellt sich vielmehr auf eine höhere Barke und ist der Überzeugung, daß mit einer derartigen Schreiwiese der Arbeiterschaft nicht gedient ist und sie ihrem Ziele nicht näher bringt.
- Die Resolutionen sind von Gewerkschaftsmitgliedern zu gestellt und einstimmig angenommen worden. Die Gewerkschaftsmitglieder beteiligten sich nicht an der Abstimmung.

Berlin und Umgegend.

Von der Tarifbewegung der Brunnbauern und ihrer Hilfsarbeiter. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern, über deren Ergebnis in einer Gruppenversammlung am Montag berichtet wurde, sind unter Ausschluß der offiziellen Vertreter der Organisation (Gewerkschaftsverband) erfolgt. Während der neunstündigen Arbeitstag gefordert wurde, bieten die Arbeitgeber 10 Stunden im Sommer, 8, 9, 10 Stunden im Winter, je nach der Helligkeitsdauer. „Gelernte“ Brunnbauern sollen 60 Pfennig Stundenlohn erhalten, „ungelernte“, d. h. solche, die das Gewerbe ohne Lehrlingsverhältnis gelernt haben, 50 Pfennig im Minimum. Gefordert war ein Minimallohn von 60 Pf., den auch die nicht als Gefellen eingetriebenen Brunnbauern erhalten sollten, die nachweisbar 4 Jahre selbständig als Brunnbauern gearbeitet haben. Den Hilfsarbeitern bieten die Meister nur 35 Pf. Fahrlohn und Fahrzeit sollten erst vergütet werden bei einer Entfernung von mehr als 4 Kilometer vom Platz oder von der Werkstätte. Als Landzulage will man nur 2 M. (statt 3 M.) geben und für Kost und Logis 60 Pf. (statt 1 M.) für Nachtzeit und Sonntagsarbeit wird ein Zuschlag von 33 1/2 Proz. geboten. Bei der Abstimmung erhob sich niemand für Annahme des Unternehmervorschlages. Dagegen wurde beschlossen, die Lohnkommission zu beauftragen, noch einmal gemeinsam mit der Ortsverwaltung des Verbandes die Forderungen durchzugehen und noch weiteren Verhandlungen mit den Arbeitgebern die erforderlichen Schritte zu tun. — Bei Verhandlungen mit den Unternehmern soll entschieden darauf gedrungen werden, daß nur unter Hinzuziehung des Leiters der Organisation verhandelt wird.

Deutsches Reich.

Wähnung, Klemmer und Rohrleger! In Guben sind die Klemmer und Rohrleger in den Ausstand getreten. Wir ersuchen dringend den Zugang fernzuhalten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Die Metallarbeiter in der Peggnyhütte in Peggny sind am Montagmorgen wegen Verweigerung ihrer Forderungen respektive Ablehnung von Verhandlungen in den Streik getreten. Zugang ist fernzuhalten. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten. — Zuschriften sind zu richten an die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Peggny, Gasthaus zum „Goldenen Stern“.

Die „Arbeitslos“ organisierten Drahtzieher der Dürerer Metallwerke hatten nach vorausgegangener Kündigung die Arbeit eingestellt, weil die Direktion ihre bestehenden Lohnforderungen ablehnte. Vermittlungsversuche des Vertreters des christlichen Verbandes wies die Firma zurück. Als andere Arbeiter sich weigerten, die Arbeit der Ausständigen zu verrichten, wurden sie entlassen. Deshalb legten auch die Arbeiter des Walzwerks die Arbeit hin. Nun verständete die Firma durch Anschlag, daß die Arbeiter entlassen seien, wenn sie bis Montag mittag die Arbeit nicht wieder aufnehmen. Darauf beschloßen die Walzwerksarbeiter einstimmig nach einer Rede des christlichen Gewerkschaftsleiters Bernerius aus Wachen, der den „unüberlegten Schritt“ verurteilte, am Morgen die Arbeit wieder aufzunehmen, um sich nicht des Kontraktbruchs schuldig zu machen. Ein dortiges Petrusblatt meint dazu: „Wäre die Firma hieraus die richtige Lehre ziehen und einer so gut disziplinierten (!) Arbeiterschaft nicht durch Hervorhebung des Herrensanktions unter allen Umständen den Kampf aufzwingen.“ „Gut diszipliniert“ ist ausgezeichnet.

In den Werken der Maschinenbau-Aktiengesellschaft vorm. Cramer-Klett in Nürnberg, die jetzt 8400 Arbeiter beschäftigt, ist eine Bewegung der Arbeiter im Gange. Die Verhältnisse in diesen Werken sind außerordentlich reformbedürftig. Schon vor einigen Wochen wurde von den Arbeitern ein Tarifentwurf eingereicht, der dem angepaßt war, den die Schuldlosen Arbeiter an ihre Direktion gerichtet hatten. Die Hauptforderungen waren 50ständige Arbeitszeit pro Woche, 15 Proz. Lohnsteigerung und Befreiung von Minimallohn. Die Direktion hat nun dem Arbeiterausschuß mitgeteilt, daß sie die 50ständige Arbeitszeit und eine der Befreiung der Arbeitszeit entsprechende Lohnsteigerung bewilligen wolle, die Befreiung von Minimallohn jedoch ablehne. Die Lohnsteigerung soll in einer Zulage von einem Pfennig pro Stunde bestehen. Eine kolossal besuchte Versammlung der Arbeiter erklärte diese Zugeständnisse für absolut unannehmbar und beauf-

tragte den Arbeiterausschuß, mindestens das zu verlangen, was den Schuldlosen Arbeitern gewährt wurde. Hierauf erließ die Direktion eine Bekanntmachung an ihre Arbeiter des Inhalts, daß sie an ihrem ersten Beschluß festhalte und die Arbeitsordnung bereits entsprechend geändert habe, so daß am 18. Mai die Arbeit eine halbe Stunde später beginne. Am Sonntag fand eine noch stärker besuchte Fabrikversammlung statt, in der beschlossen wurde, die Zugeständnisse der Direktion nicht anzuerkennen, demgemäß die alte Arbeitsordnung als noch geltend zu betrachten, bis die Forderungen bewilligt sind, und deshalb am 15. Mai zu Beginn der früheren Arbeitszeit vor den Fabriktoren zu erscheinen.

Ausland.

Der in der Porzellanfabrik von Fels zu Mailand ausgebrochene Streik von gegen 200 Porzellanarbeitern hat folgende Ursachen. Als infolge der letzten Obstruktionsbewegung der italienischen Eisenbahnen Materialmangel in der Fabrik eintrat, mußten die Arbeiter zwei Wochen aussetzen. Als sie wieder zur Arbeit gerufen wurden, erklärte der Unternehmer — rechnend auf die durch die vierzehntägige Arbeitslosigkeit hervorgerufene Schwächung der Arbeiter —, den Lohn um 30 Proz. reduzieren zu müssen. Diese Zumutung dünkte den Arbeitern um so stärker, als erst im letzten Winter eine Lohnverminderung von 5—25 Proz. seitens des Unternehmers durchgedrückt worden war. Die Arbeitsmiederlegung erfolgte daher einstimmig. — Die deutschen Porzellanarbeiter werden daher nochmals ermahnt, jedes Arbeitsangebot von Mailand abzulehnen und jeden Zugang nach dort zu unterlassen.

Aus der Frauenbewegung.

Frauenarbeit.

Ueber die Beschlüsse der internationalen geheimen Arbeiterkongressen in Bern hinsichtlich der Frauenarbeit wird hiesigen Blättern gemeldet:

Die Kommission der Arbeiterschulungskongressen für die Beratung über das Verbot der Nachtarbeit der Frauen ist zu folgender Lösung gelangt: 1. den Frauen in den industriellen Betrieben der beteiligten Länder ist unverkündliche Nachtruhe von 10 Uhr abends bis 5 Uhr morgens (sieben Stunden) zu gewähren; 2. in allen Fällen soll den Frauen eine zusammenhängende Arbeitsunterbrechung von 11 Stunden zuteil werden, worin die sieben Stunden Nachtruhe inbegriffen sein sollen. Die Frau, die bis 10 Uhr abends in der Fabrik tätig war, darf demnach nicht vor 9 Uhr morgens wieder zur Arbeit kommen; diejenige, welche die Arbeit um 5 Uhr morgens beginnt, muß sie spätestens um 6 Uhr abends verlassen. — Dies wird das in seiner Bedeutung durchaus nicht zu unterschätzende Resultat der Berner Konferenz sein. Für einzelne Industrien wird man freilich Einschränkungen der neuen Vorschriften zugeteilt müssen; ferner wird beispielsweise für die belgische Wollenindustrie und für die österreichisch-ungarische Juckerindustrie eine Uebergangszeit von zehn Jahren für die Einführung dieser neuen Bestimmungen in Aussicht genommen.

Dieser Beschluß würde immer noch die Möglichkeit einer mehr als eifertägigen Beschäftigungsdauer an einem Tage zulassen — nach zehn Jahren!

Eine bequeme Methode.

Der Kommission für Handel und Gewerbe des preussischen Abgeordnetenhauses lag dieser Tage eine Petition der Kreisynode Berlin II vor auf scharfes Vorgehen gegen die Amierknäuel. Dabei vertrat die Regierung den Standpunkt, daß es sehr schwer sei, gegen diese Knäuel vorzugehen. Für Konzessionsentziehung müßten die bestimmten Voraussetzungen der Gewerbeordnung im einzelnen Falle genau nachgewiesen werden und das sei nur selten möglich. Dagegen erwarte sie eine Besserung von ihrem Antrage auf Forderung der Gewerbeordnung, wonach die Landesregierungen ermächtigt werden sollen, die Konzessionserteilung davon abhängig zu machen, daß weibliches Hilfspersonal gar nicht oder nur in beschränktem Umfange angestellt werde.

Da die Prostitution in den Amierknäueln nur einen geringen Teil der allgemeinen Prostitution darstellt, wird die Regierung hoffentlich diese überraschend bequeme Methode auch zur Bekämpfung der Prostitution überhaupt anwenden. Man verzieht einfach die Verwendung weiblicher Personen und — Geschwindigkeit ist keine Hexerei — die Prostitution ist beseitigt. Da braucht man nicht nachzudenken über sozialpolitische Probleme, ein Polizeiverbot macht alles.

Die Parteigenossen werden nochmals auf die Mittwoch abend 8 1/2 Uhr bei Wuggenhagen, Moritzplatz, stattfindende Versammlung aufmerksam gemacht. Reichstags-Abgeordneter Schöpflin spricht darüber, welches Interesse die Frauen an den wirtschaftlichen und politischen Kämpfen haben.

Brix, Donnerstag, den 18. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet bei Weniger, Werderstr. 27, die Versammlung des Vereins der Frauen und Mädchen von Brix und Umgegend statt. In derselben wird Herr Schöler über „häusliche Erziehungskunst“ einen Vortrag halten. Gäste willkommen.

Steglitz. Die Generalversammlung des Bildungsbereichs für Frauen und Mädchen von Steglitz und Umgegend findet Donnerstag, den 18. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Wahrensdorf, Schloßstr. 117, statt. Tagesordnung: 1. Neuwahl des Vorstandes. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Nur Mitglieder haben Zutritt. Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend erforderlich. Der Vorstand.

Gerichts-Zeitung.

Der Brief des Pfarrers Kolbus in Reumkirchen an Frau Marie Müller, der vor geraumer Zeit unliebsames Aufsehen erregte, beschäftigt gestern das Reichsgericht. Der Buchhändler Gustav Kaufmann in St. Johann hat Postkarten anfertigen lassen, auf deren Rückseite er den wackeligen Brief des alten Pfarrers abdrucken ließ. Diese Postkarten wurden viel verkauft. Das Landgericht Saarlouis hat am 4. November d. J. Herrn K. wegen Verbreitung einer unzüchtigen Schrift zu einer Geldstrafe von 75 M. verurteilt. Der Einwand des Angeklagten, er habe den Abdruck für unbedenklich gehalten, da der Brief, nachdem er in einer Verhandlung des Schöffengerichts Saargemünd besprochen worden war, unbeanstandet durch viele Zeitungen gegangen sei, wurde als unbedenklich angesehen. Die Revision des Angeklagten wurde als unbegründet vom Reichsgericht verworfen. — Gleichfalls verworfen wurde die Revision des Buchhändlers Jakob Krämer, der am 13. Januar von demselben Gericht wegen Verbreitung derselben Postkarten gleichfalls zu einer Geldstrafe von 75 M. verurteilt worden ist.

Der Schwindeltrafanten-Prozess in Hannover ist am Sonntag zu Ende geführt worden. Der Staatsanwalt hielt sämtliche Angeklagten der Untreue schuldig. Schomburg und Kurze hielt er des Betrugs in zwei Fällen für überführt. Der Staatsanwalt bedauerte, daß das Hilfskollegium für die unbedeutendsten Ausfälle nur eine Höchststrafe von 300 Mark vorsehe und beantragte gegen Schomburg ein Jahr Gefängnis und 800 M. Geldstrafe, gegen Kurze zehn Monate und 700 M., gegen Fickendorf sechs Monate und 400 M., gegen Gieseler sechs Monate und 300 M. und gegen Reineke sechs Monate und 350 M. Der Reichshof hielt die Untreue nicht für erwiesen und sprach sämtliche Angeklagte von dieser Anklage frei, verurteilte aber Schomburg, Kurze und Fickendorf wegen Betrugs und Vergehens gegen das Krankenversicherungs-gesetz. Schomburg wurde zu sechs Monaten Gefängnis und 300 M. Geldstrafe, Kurze zu fünf Monaten und 300 M. und Fickendorf zu einem Monat und 200 M. verurteilt. Kurze und Schomburg werden sich demnach noch wegen gleicher Schwindelbelegen, begangen bei der Krankenkasse „Dalia“, die die Fortsetzung der „Union“ bildet, zu verantworten haben und befinden sich deshalb schon seit Monaten in Haft.

Interatentell derantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

Vermischtes.

In einem Anfall von Geistesstörung erkrankte gestern früh der 43jährige Ehefrau des Schneidmeisters Erben in Görlich der beiden jüngsten ihrer acht Kinder, einen Knaben im Alter von acht Monaten und ein Mädchen von drei Jahren, in einem Aufwachen. Sie ließ dann auf dem Dache umher, jedenfalls mit der Absicht, durch Herabstürzen Selbstmord zu begehen, wurde aber von dort herabgeholt und in polizeilichen Gewahrsam gebracht.

Unwetter in Italien. Aus verschiedenen Landesteilen, besonders Oberitalien, werden anhaltende Regengüsse gemeldet, die ein beträchtliches Steigen der Flüsse herbeigeführt haben. — In Bologna (Provinz Verona) ist die Eisenbahnbrücke, nachdem sie ein Schneelag poliert hatte, eingestürzt. Die Stadt ist überschwemmt; das Wasser steht dort einen Meter hoch. Sälfeleistung für die geschädigten Orte ist organisiert.

Die Pestepidemie in Leith. Ein in Leith (Schottland) aufgetretener Pestepidemie endete mit tödlichem Ausgange. Die Witwe und die Kinder des verstorbenen Hughes, die nach einem Telegramm aus London ebenfalls von der Pest befallen sind, wurden ins Hospital für ansteckende Krankheiten transportiert. Frau Hughes ist gestern Nacht kränker geworden, und ein dreijähriges Kind liegt hoffnungslos danieder. Die 25 Bewohner desselben Hauses wurden unter Quarantäne gestellt. Frau Hughes war bei einer Firma mit Sortieren von Lumpen beschäftigt, doch erklärt der Chef der Firma, daß sich unter den Lumpen keine aus dem Osten befänden. Doch herrscht darüber, daß es sich um Pestfälle handelt, kein Zweifel. Aus Newtownards werden 50 Fälle einer mysteriösen Krankheit gemeldet, die man als Seidstarre anspricht. Doch sind die Kräfte nicht einzig. Verschiedene Ärzte meinen, es sei eine besondere Form des Typhus.

Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner zu Berlin. Mittwoch, den 17. Mai, abends 9 1/2 Uhr, in Feuerhofs Festsaal, Alte Jakobstr. 75, Vortrag über Friedrich Schiller.

Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands, Bezirk Schlesien. Heute Mittwoch, abends 9 Uhr, Sitzung im Volkshaus, Kolonnenstr. 3. Es spricht Kollege Kujel über: Was lehrt uns das Ergebnis der Verhandlungen zum Kaufmannsgericht? Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Eingegangene Druckschriften.

„Der Arbeitsmarkt“, Halbmonatsschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte (Herausgeber Dr. A. Kastron, Berlin, Verlag von Georg Reimer). Die als Organ des „Bundes deutscher Arbeitsnachweiser“ erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 16 des 8. Jahrganges unter anderem: Rundschau über die Lage des Arbeitsmarktes. — Landwirtschaft: Beschäftigung des Arbeitermangels im März. Einwanderung russisch-polnischer Arbeiter. Vermittlung von Gehilfen. Nachfrage und Angebot von landwirtschaftlichen Arbeitern in den einzelnen Gegenden Deutschlands. — Eisenindustrie: Gestaltung des Eisenverbrauchs im laufenden Jahre. Rückgang der Einfuhr von Eisen. Steigerung der Ausfuhr. Sämtliche Chancen für die deutsche Rohstoffgewinnung im laufenden Jahre. — Textilgewerbe: Textilwarenausfuhr im ersten Quartale 1905. Zunahme der Ausfuhr höherwertiger Waren. Abzug nach den Vereinigten Staaten von Amerika und Japan. — Arbeitsnachweise. — Streikergebnis für Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Schweiz. — Markenerlöb der Landesversicherungsanstalten (Januar-März). — Handlungskosten. Konsum: Großhandelspreise im Jahre 1904.

Dr. S. Th. Gheberg u. Dr. A. Thron. Annalen des Deutschen Reichs für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft. Nr. 5. Inhalt: I. Die Aktien- und ähnlichen Gesellschaften als Rechts- und als Steuerobjekte. Von Prof. Dr. J. A. Neumann, Löhningen. II. Staat, Souveränität und Bundesstaat. Von Landgerichtsrat R. Rosenberger, Straßburg i. El. III. Die drei preussischen Bergesgesetze. Von Geh. und Oberbergrat Prof. Dr. A. Arnold, Königsberg i. Pr. IV. Zeitweise Unzulässigkeit des Rechtswegs bei Verfolgung von Ansprüchen gegen den Staat nach Art. 2. Bayer. A. O. von J. P. D. und K. D. Von Dr. A. Knab, Augsburg. V. Ertzger und Kröner, aus den Gesetzbüchern und Mitteilungen. Jährlich 12 Bände, welche einen Band bilden. Abonnementpreis 10 M. Verlag J. Schneider (Krieger-Verlag), München.

W. Dreifling. Das hat unsere Zeit Luther zu verdanken? Ein Vortrag. 60 Seiten. Preis 50 Pf. Verlag der Arbeiterverlagung H. Kroschke, Grunewald-Berlin.

Wieland und Reichardt. Geschichte der Erforschung der Natur und der Verwertung der Naturkräfte im Dienste der Menschheit von Hans Krämer. Erscheinungsbild: 79—84. Preis pro Lieferung 0,80 M. Deutsches Verlagshaus Bong u. Co., Berlin W. 57.

Gesichtsbilder der kgl. Kreiskrankenkasse für Berlin das Jahr 1904. 63 Seiten.

Briefkasten der Redaktion.

Köpenick. Die Sparkasse des Kreis Niederbarnim befindet sich in Berlin, Friedrichs-Str. 5. — P. 2. 100. Verein für Haus- u. Hof- (Wohn-)pflege, Krankenpflege, Vorsitzende: Frau Oberbürgermeisterin Köpcke, Altkönigsstr. 90. Adresse der Leiterin ihres Bezirks erfahren Sie durch jedwede Bekannte. Bitte unentgeltlich nur bei großer Armut, sonst Er-mäßigung je nach den Verhältnissen (d. h. 1 M. und Bestätigung). — W. M. 59. Zu dem Stipendium, das Sie haben, können Sie noch ein zweites erhalten. Wer erklärt ist, gibt in seinem Antrag das erste Stipendium mit an, da ja die Lage, das Einkommen usw. wöchentlich anders ge-fährdet werden soll. Wichtig sind: Geburtszeugnis, Bildungszeugnisse, Führungszeugnis.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren: 7 M.

A. 100. In der Regel ja. — B. 1. 1. Ja. 2. Nein. — 75 Spandau. Sie können jede Antwort ablehnen und der Behörde mitteilen, daß Sie von Ihrem Recht Gebrauch machen. — P. Grunewaldstr. 1. Gegen Ertzger können Sie nur durch Nachweis etwas erreichen; die- selbe ist eine zünftige Behandlung zweifelhafte. 2. und 3. Nein. — Regensburg. So viel und bekannt: nein. — R. M. Rein: Sie können nur auf Inhaftung und Schadenersatz klagen. — St. 100. Sie legen Ihre Verhältnisse dar und richten das Schreiben an die Steuerdeputation. — H. 7. Das Urteil muß noch durch das Kammergericht mit der Reichsfinanzrat und durch das Landgericht mit dem Reichsfinanzrat ver-festigt werden. Die erforderlichen Nachweise können Sie schriftlich oder auf der Reichsfinanzrat stellen. — P. R. Sie sind zahlungspflichtig. — G. M. 103. Das Mädchen konnte, falls ein Verlöbniß bestand, weitergehende An-sprüche geltend machen. — Streiffrage. 1. und 2. Nein. 3. Das im Gutentaglichen Verlage erschienenen von Barbus. — C. 100. Nein.

Berliner Marktpreise. (Ermittelt vom Völkler-Präsidenten.) Roggen, gute Sorte, 1 M. — (—) mittel — (—) geringe — (—) ab Bahn. Futtergerste, gute Sorte 1 M. 15,00 (14,90) mittel 14,50 (13,80) geringe 13,70 (12,70) frei Bogen und ab Bahn. Hafer, gute Sorte 16,40 (15,60) mittel 15,50 (14,70) geringe 14,60 (13,90) frei Bogen und ab Bahn. Weizen, — (—) — (—) — (—) — (—). Erbsen, gelbe, zum Kochen 15,00 (30,00), Spelzbohnen, weiße 50,00 (30,00), Bohnen 50,00 (30,00), Kartoffeln 9,00 (7,00), Rindfleisch, von der Keule, 1 Kg. 1,80 (1,20), Schaf-fleisch 1,40 (1,00), Schweinefleisch 1,70 (1,20), Rindfleisch 1,90 (1,20), Hammel-fleisch 1,70 (1,10), Butter 2,80 (2,20), Eier, 60 Stück, 4,00 (2,60), Kar-pfen, 1 Stk. 2,00 (1,20), Hühner 3,00 (2,00), Kanarienvogel 3,20 (1,20), Dorsch 2,00 (1,20), Barsch 2,80 (0,80), Schleie 3,00 (1,10), Heiligt 1,50 (0,50), Störche 15,00 (3,00).

Wasserstand am 15. Mai. Oder bei Rathenow + 2,28 Meter, bei Breslau Ober-Begel + 5,20 Meter, bei Breslau Unter-Begel + 0,18 Meter. — Weichsel bei Braunsdorf + 3,38 Meter. — Neße bei Ullrich + 0,77 Meter.

Wetterungsübersicht vom 16. Mai 1905, morgen 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Wind-richtung	Wolkenlage	Wetter	Temp. u. W. (Berg- u. Tal)	Stationen	Barometere-höhe mm	Wind-richtung	Wolkenlage	Wetter	Temp. u. W. (Berg- u. Tal)
Stettin	770	NO	2	mollig	11	Paparbunda	765	NO	2	mollig	9
Danzig	770	NO	2	mollig	12	Breslau	765	NO	1	mollig	10
Berlin	768	NO	3	mollig	12	Stettin	770	NO	3	heiter	12
Frankfurt	762	W	4	bedekt	12	Aberdeen	773	SW	3	halb bed.	9
München	758	D	7	mollig	14	Paris	761	NO	4	mollig	10
Wien	761	SW	—	bedekt	12						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 17. Mai 1905.

Etwas wärmer, zunächst meist heiter und trocken bei lebhaften östlichen Winden; später zunehmende Bewölkung.

Berliner Wetterbureau

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.